

3. Das Projekt der ökologischen Modernisierung

“We have the means to limit climate change. The solutions are many and allow for continued economic and human development.“

(Rajendra Pachauri)¹

Seit den 1970er Jahren gibt es Debatten über die ökologische Krise und Auseinandersetzungen um ihre Bearbeitung. Dabei hat sich eine Kluft zwischen dramatisierenden Problemanalysen und inkrementellen Lösungsansätzen aufgetan. Vor diesem Hintergrund formuliert beispielsweise Ulrich Brand in einem Aufsatz die These, dass es zwar eine große Einigkeit über die Notwendigkeit einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gebe, tatsächliche politische Veränderungen aber ausblieben und stattdessen Passivität vorherrsche, da es an akzeptierten Alternativen und sozialen (Gegen-)Kräften mangle (vgl. Brand 2009: 104, 116). Diese Einschätzung verweist auf die Schwierigkeiten der Artikulation einer antagonistischen sozial-ökologischen Politik. In diesem Kapitel² möchte ich allerdings sowohl historisch als auch analytisch einen Schritt zurück gehen und prüfen, welche Vorstellungen bezüglich der Bearbeitung der ökologischen Krise von welchen Akteur_innen wie verhandelt werden, auf was für eine zukünftige Gesellschaftsordnung sie zielen und wo die Gründe für die vermeintliche Passivität zu suchen sind.³

- 1 Das Zitat des damaligen Vorsitzenden des IPCC entstammt der Pressemitteilung des IPCC vom 02.11.2014 anlässlich der Vorstellung des fünften Sachstandsberichts (vgl. im Internet: www.ipcc.ch/pdf/ar5/prpc_syr/11022014_syr_copenhagen.pdf, letzter Zugriff am 26.02.2015).
- 2 Einzelne Abschnitte dieses Kapitels wurden – in einer früheren Fassung – bereits veröffentlicht in Krüger 2013 und Krüger 2014.
- 3 Tatsächlich ist es so, dass diese beiden hier gegenüber gestellten Erklärungsversuche letztlich als komplementär zu verstehen sind, worauf ich weiter unten in These fünf (vgl. Kapitel 3.6) eingehen werde. Der Mangel an akzeptierten Alternativen und sozialen

Dabei gehe ich nicht von einer großen Einigkeit über die Notwendigkeit einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aus. Stattdessen vermute ich virulente Kämpfe um Hegemonie, in denen unterschiedliche Vorstellungen vom Gemeinwohl und von der idealen Gesellschaftsordnung miteinander konkurrieren. In diesen Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der ökologischen Krise ist das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung besonders einflussreich. Die Hegemoniepraktiken des ökomodernen Projekts wirken einer weitreichenden Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse bislang relativ erfolgreich entgegen. Dementsprechend stehen die Formierung und die Hegemoniepraktiken des ökomodernen Projekts im Zentrum dieses Kapitels, in dem ich die Beantwortung der ersten Forschungsfrage dieser Arbeit anstrebe (vgl. Kapitel 1.1).

- 1) Wie und bis zu welchem Grad konnte das ökomoderne Projekt hegemonial werden und die gesellschaftlichen Reaktionen auf die ökologische Krise bestimmen?

Um diese Frage beantworten zu können, arbeite ich über die Interpretation von Schlüsseldokumenten und wissenschaftlichen Studien die Charakteristika und die (Grenzen der) Dominanz des ökomodernen Hegemonieprojekts in der internationalen Umweltpolitik heraus. Diese Analyse geht über eine historische Nacherzählung oder eine Aneinanderreihung von Forschungsergebnissen hinaus. Die Auswahl und die Interpretation der Daten folgt dem Erkenntnisinteresse an den Prozessen der Öffnung und Schließung des Terrains des Politischen (vgl. Kapitel 1.1) und zielt auf die Offenlegung der hegemonialen Strukturierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Grundsätzlich beinhaltet die Problematisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse als ökologische Krise – ein Deutungsmuster, das sich seit den 1970er Jahren zunehmend durchgesetzt hat – ein stark politisierendes Moment. Allerdings sind mit dem partiellen Erfolg ökomoderner Hegemoniestrategien entpolitisierende Effekte verbunden. Über die Analyse der re- und entpolitisierenden Prozesse wird im Folgenden das Konfliktfeld der ökologischen Krise skizziert und nach Erklärungsansätzen für die beobachtete Kluft zwischen dramatisierenden Problemanalysen und inkrementellen Lösungsansätzen gesucht.

(Gegen-)Kräften steht in einem engen Zusammenhang mit der aktiven Reproduktionsleistung durch ein ökomoderne Hegemonieprojekt, das eine spezifische Bearbeitung der ökologischen Krise vorantreibt. Auch Ulrich Brand, auf den hier verwiesen wird, arbeitet in verschiedenen Texten die Mechanismen der aktiven Reproduktion hegemonialer Praktiken heraus. Insofern dient die Gegenüberstellung lediglich dazu, den Fokus dieses Kapitels zu verdeutlichen.

Im ersten Abschnitt wird die ökologische Krisendiagnose und die daran geknüpfte Gesellschaftskritik als Ausgangspunkt des ökomodernen Diskurses beleuchtet (3.1). Anschließend folgt ein Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungsschritte in der Formierung des ökomodernen Diskurses (3.2). Auf diesen empirisch dichten Beschreibungen bauen die abstrakteren Analysen auf, in denen ich die Grundannahmen (3.3), die Hegemoniestrategien (3.4) und das Hegemonieversprechen (3.5) des ökomodernen Projekts herausarbeite. Weiterhin formuliere ich sechs Thesen zur Frage der (Grenzen der) Dominanz des ökomodernen Projekts (3.6). Abschließend diskutiere ich die Bedeutung des ökomodernen Projekts für die Stabilität der hegemonialen Bearbeitung der ökologischen Krise (3.7).

Die Gefahr der analytischen Verdopplung von Hegemonie

Prinzipiell zielt meine Analyse auf die internationale Politik und damit auf international bzw. transnational agierende Akteur_innen sowie die Strukturen, in denen die Akteur_innen eingebettet sind. Dabei sind auch bestimmte regionale oder nationalstaatliche Entwicklungen von Interesse, insoweit sie auf die Ebene der internationalen Politik Auswirkungen haben. So nahm die Formierung des ökomodernen Diskurses in den Ländern des globalen Nordens ihren Anfang und setzte sich über den Einfluss dieser Länder auch in der internationalen Umweltpolitik mehr und mehr durch. Insofern spiegelt ein Fokus auf die Akteur_innen und Prozesse aus diesen Ländern die Machtverhältnisse in der internationalen Politik wider. Wenn im Folgenden unspezifisch von bestimmten Prozessen, Akteur_innen und Gruppen die Rede ist (wie zum Beispiel von ‚den Umweltbewegungen‘), dann bezieht sich das primär auf (west-)europäische, nordamerikanische und japanische Phänomene. Damit soll nicht geleugnet werden, dass es in anderen Regionen der Welt auch aktive Umweltbewegungen gab und gibt (vgl. Radkau 2011: 188ff). An der Entwicklung des ökomodernen Projekts hatten diese jedoch einen weitaus geringeren Anteil und sind deshalb in Bezug auf meine Forschungsfragen weniger relevant. Auch wenn in dieser Arbeit bestimmte Prozesse herausgegriffen und verallgemeinert werden, gehe ich – um bei dem Beispiel zu bleiben – nicht von *einer* homogenen globalen Umweltbewegung aus. Tatsächlich lassen sich viele Unterschiede zwischen den regional verankerten Umweltbewegungen finden (vgl. Radkau 2011: 175ff), auf die ich aber nicht näher eingehen werde.

Im Fokus dieses Kapitels liegen all jene Phänomene, die einflussreich waren in Bezug auf die Entwicklung und Durchsetzung des ökomodernen Diskurses in den Arenen der internationalen Umweltpolitik. Aus dem Blick geraten damit tendenziell historische Ereignisse mit geringer Resonanz, weniger einflussreiche Praktiken und Akteur_innen sowie regional verschiedene Entwicklungsprozesse. Dies birgt die Gefahr der analytischen Verdopplung von Hegemonie. Die Gefahr besteht darin, dass mit dem Erkenntnisinteresse an der Durchsetzung von Hegemonie die marginalisierten Ereignisse und Akteur_innen auch in der

Analyse nicht wahrgenommen werden und damit eine erneute Marginalisierung erfahren. Deshalb bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit der Leser_innen gegenüber den Verweisen auf und den Exkursen über marginalisierte Positionen in dieser Arbeit.

Das Erkenntnisinteresse an hegemonialen Ereignissen, Akteur_innen und Praktiken birgt allerdings nicht nur die Gefahr der analytischen Verdopplung von Hegemonie, sondern auch das Potenzial für eine emanzipatorisch gewendete Aneignung der Genese hegemonialer Strukturen. Die Bedingung für eine solche Dekonstruktionsleistung ist, dass die Kontingenz von Hegemonie betont wird. Mit einem solchen Blick für historisch möglich gewesene und prinzipiell denkbare Alternativen bleibt der politische Ursprung des Sozialen präsent – und damit die Möglichkeit der Überführung des Sozialen in den politischen Bereich der Auseinandersetzungen um Hegemonie (vgl. Wullweber 2010: 315f).

3.1 DIE ÖKOLOGISCHE KRISENDIAGNOSE

Bis in die 1970er Jahre wurde Umweltverschmutzung im Grunde als ein Problem wahrgenommen, dem man durch technologische End-of-pipe-Lösungen⁴ begegnen könne. Die Organisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zeichnete sich durch ein klares Primat der industriellen Produktion aus, dem additive Umweltschutzmaßnahmen wie Partikelfilter oder Entschwefelungsanlagen nachgeschaltet waren (vgl. Hajer 1995: 25). Der Umgang mit Natur war durch den Glauben an eine fortschreitende Rationalisierung und an die Möglichkeit der Kontrolle von Natur durch Technologien geprägt (vgl. Becker/Jahn 2006: 66). Diese hegemoniale Diskursorganisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die ich als *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* bezeichne, geriet mit der Diagnose einer ökologischen Krise ins Wanken. Phänomene wie der saure Regen, das Ozonloch, der anthropogene Klimawandel oder der Verlust der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen wurden als Symptome einer ökologischen Krise identifiziert. Aufgrund dieser Erkenntnisse und Deutungen wurde in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit ab den 1970er Jahren die Organisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse problematisiert. Angesichts der wahrgenommenen Zunahme der gesellschaftlichen Verursachung ökologischer Probleme wird das Verhältnis des Menschen zur Natur in ökologischen Debatten seitdem als krisenhaft begriffen (vgl. Brand 2010: 143; Görg 2003a: 9f).

4 Als End-of-pipe-Technologien werden Umweltschutzmaßnahmen bezeichnet, die den Produktionsprozess selber unangetastet lassen und die Umweltschäden durch nachgeschaltete Filter oder ähnliche Maßnahmen verringern.

Mit der ökologischen Krisendiagnose geht eine Politisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse einher (vgl. Becker/Jahn 2006: 66). Diese Politisierung stellt keine ‚natürliche‘ Folge einer Steigerung ‚objektiv‘ beobachtbarer Zivilisationsrisiken dar (vgl. Prittwitz 1993: 39). Stattdessen liegt ihr Grund in der Verbreitung der Deutung, dass die herkömmlichen gesellschaftlichen Strukturen nicht (mehr) angemessen auf ökologische Probleme reagieren können (vgl. Brand 2010: 143).

Die Umweltbewegungen, die sich Ende der 1960er Jahre zunächst in den USA und (West-)Europa formierten (vgl. Radkau 2011: 137),⁵ forderten einen grundsätzlich neuen Umgang mit der Ökologieproblematik und kritisierten die reine Symptombehandlung. Sie stellten das Selbstverständnis der ‚westlichen‘ Gesellschaften radikal infrage, insbesondere das zugrunde liegende Entwicklungsmodell der Moderne. Die Umweltbewegungen sahen die Ursachen der ökologischen Krise im Wachstumsprimat der Industriemoderne und den damit einhergehenden Produktions- und Konsummustern (vgl. Görg 2003a: 134f).

In den 1970er Jahren wurden ökologische Probleme somit nicht als isolierte Probleme betrachtet, sondern als Symptom einer generellen „Krise der Modernität“ (Görg 2003a: 135). Mit dem Verweis auf Ursachen, die in den gesellschaftlichen Strukturen begründet sind, kamen auch die sozialen Konsequenzen der ökologischen Krise stärker in den Blick und zogen Forderungen nach einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel nach sich. Abgelehnt wurden dagegen technokratische Antworten auf die Ökologieproblematik (vgl. Hajer 1995: 88f).

In dieser Phase brach das radikalere Spektrum der Umweltbewegungen mit der ihnen vom hegemonialen Diskurs zugewiesenen Subjektposition, welche die politischen Mittel der Lobbyarbeit und der Vertretung einer Interessengemeinschaft vorsah. Stattdessen etablierten sie einen eigenen Politikstil, der in einen alternativen Lebensstil eingebettet war und auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Massendemonstrationen, autonome Zeitungen und Radiosender setzte (vgl. Hajer 1995: 90). Die Veränderung des Aktionsrepertoires geht auf die engen Verbindungen – nicht nur, aber auch aufgrund personeller Kontinuitäten – zu den

5 Umweltbewegungen im weiteren Sinne hat es zwar schon mehrfach in der Geschichte gegeben, allerdings setzte spätestens mit Beginn der 1970er Jahre eine neue Phase ein. Eine Besonderheit war, dass nicht mehr „die Sorge um die Natur als solche, sondern die Sorge um den Menschen“ (Radkau 2011: 193) im Mittelpunkt stand. Spezifisch für die 70er Jahre war darüber hinaus die Revitalisierung der Bewegungen und die Virulenz der politischen Auseinandersetzungen. Es scheint schwer, *den einen* hinreichenden Grund für diese Zäsur anzugeben (vgl. Radkau 2011: 161f), wobei der Zusammenhang mit den Protesten der Studierenden und der damit entstehenden Subkultur ab den 1960er Jahren sicherlich nicht zu unterschätzen ist (vgl. Radkau 2011: 156).

Protesten der Studierenden und der damit entstehenden Subkultur ab den 1960er Jahren zurück (vgl. Radkau 2011: 156). In ihren antagonistischen Praktiken fokussierten die Umweltbewegungen auf den Widerstand gegen die Kernkraft (vgl. Hajer 1995: 91). Im Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie spitzte sich ihre Skepsis gegenüber der Beherrschbarkeit von Natur zu.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die antagonistischen Forderungen der Umweltbewegungen, die auf eine Neuaushandlung der Organisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zielten, wesentliche Impulse für eine Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise in der breiten Öffentlichkeit gaben (vgl. Brand 2009: 105).

3.2 DIE FORMIERUNG DES ÖKOMODERNEN DISKURSES

Im Verlauf der 1980er Jahre erlangten ökologische Fragen gesamtgesellschaftliche Relevanz und wurden vor allem in der Wissenschaft, aber auch von Entscheidungsträger_innen in Politik und Wirtschaft diskutiert (vgl. Huber 1993: 51; Huber 2011a: 279). Diese Entwicklung verschiedener Diskursstränge in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen hatte Einfluss auf die Genese eines ökomodernen Diskurses, dessen Formierung ich im Folgenden rekonstruiere.

3.2.1 Die Formierung des ökomodernen Diskurses im Club of Rome

Eine herausragende Rolle für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der ökologischen Krise spielte der 1972 erschienene Bericht über die Grenzen des Wachstums (vgl. Brand 2010: 143; Hajer 1995: 83f). Die Studie „The Limits to Growth“ wurde vom *Club of Rome*, einem 1968 gegründeten Thinktank, in Auftrag gegeben und wird deshalb auch als *Club-of-Rome-Bericht* bezeichnet. Maarten Hajer sieht den Grund für den Erfolg des Berichts in der theoretischen Fundierung durch die Kybernetik. Die Kybernetik ist eine Wissenschaftsperspektive, die sich mit der Steuerung und Regelung biologischer, technischer und sozialer Systeme beschäftigt. Laut Hajer war sie in den 1970er Jahren bei Entscheidungsträger_innen sehr beliebt, die in ihr die Möglichkeit sahen, trotz wachsender Komplexität sozialer Verhältnisse rationale und wissenschaftlich fundierte Entscheidungen fällen zu können (vgl. Hajer 1995: 81). Umgekehrt verstanden die Autor_innen des *Club-of-Rome-Berichts* die Entwicklung ihres Weltmodells als eine Reaktion auf die mangelhafte Versorgung der ‚entscheidenden Stellen‘ mit wissenschaftlichen Analysen und Prognosen (vgl. Meadows et al. 1972: 109). Der Bericht bot somit eine ideale Grundlage für Weißbücher (vgl. Hajer 1995: 82).

Mit dem Erfolg des Berichts wurde die Deutung der Ökologieproblematik als *globale* Krise für breite gesellschaftliche Kreise plausibel. Konstitutiv für diese bis heute dominante Deutung ist, dass die sozial und lokal sehr unterschiedlichen Verursachungen und Betroffenheiten von ökologischen Problemen ausgeblendet werden (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 57ff). Mit all ihren problematischen Aspekten hat sich diese Fassung der ökologischen Krise durchgesetzt – besonders ersichtlich am Beispiel der internationalen Klimapolitik, die auf eine Begrenzung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre zielt – und stellt einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des ökomodernen Diskurses dar.

Die Antwort auf die ökologische Krise wird vom *Club of Rome* in der verstärkten Anwendung von wissenschaftlicher Betriebsführung gesehen. Bleibt dies in *The Limits to Growth* noch etwas vage, so werden in weiteren Berichten des *Club of Rome* unter anderem folgende Lösungsvorschläge behandelt: verstärkte internationale politische Zusammenarbeit, Erstellung eines Weltressourcen-Management-Plans, Liberalisierung des Handels sowie Kooperation multinationaler Konzerne im Hinblick auf die Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft im globalen Süden (vgl. Hajer 1995: 83). In *The Limits to Growth* wird zunächst – ohne konkrete Umsetzungsvorschläge – auf abstrakter Ebene die rationale Steuerung relevanter Regelkreise propagiert, um ein möglichst stabiles System, einen Gleichgewichtszustand herzustellen. Damit soll das exponentielle Wachstum von Bevölkerungszahl und Kapital, das nach Meinung der Autor_innen zum katastrophalen Zusammenbruch führen würde, verhindert werden (vgl. Meadows et al. 1972: 129). Die Wissenschaftler_innen vertrauen dabei auf die rationale Anwendung kybernetischer Erkenntnisse durch ‚entscheidende Stellen‘ und nicht auf politische Auseinandersetzungen. Insofern hoffen sie darauf, „daß vielleicht auch die Forschung bald bessere Daten liefern kann“ (Meadows et al. 1972: 108) und lehnen Denkmodelle ab, „die eine Mischung unvollständiger Information und Intuition darstellen und *denen meistens politische Entscheidungen zugrunde liegen*“ (Meadows et al. 1972: 109; Hervorhebung T. K.). Hier wird bereits ein technokratischer Einschlag deutlich, der eine Konstante im ökomodernen Diskurs bleiben wird.

Der Bericht war ein Katalysator für die Entstehung einer Diskurskoalition, welche die Bedrohlichkeit der ökologischen Krise anerkannte, ohne daraus eine Modernisierungskritik abzuleiten. Stattdessen wurde die Lösung in verbesserter Organisation, Wirtschaftlichkeit und wissenschaftlichem Fortschritt gesehen – sprich: in fortschreitender Rationalisierung unter kybernetischem Vorzeichen (vgl. Hajer 1995: 83f). In dem Zusammenhang verweist Hajer auf Gemeinsamkeiten zwischen den Vorschlägen der Expert_innen und dem radikalen Teil der Umweltbewegungen. Seiner Meinung nach deuteten beide Gruppen die Ökologieproblematik als eine

Frage des Überlebens und sahen in den wissenschaftlichen Strömungen der Kybernetik und der Ökologie Lösungspotenziale (vgl. Hajer 1995: 86). Dagegen trauten beide Gruppen den klassischen staatlichen Maßnahmen nicht zu, die strukturellen Probleme lösen zu können. Damit trugen sie dazu bei, die Legitimation der eher traditionellen Konzepte und Praktiken konventioneller Umweltpolitik – wie zum Beispiel Umweltauflagen zur Vermeidung von Schadstoffen – zu untergraben (vgl. Hajer 1995: 86f). Allerdings unterschieden sich die Gruppen in Bezug auf ihre Positionen zu den gegebenen Machtverhältnissen und zur Rolle von Eliten. Für die Koalition der technokratischen Expert_innen, für deren Entstehung laut Hajer der *Club-of-Rome-Bericht* Auslöser war, lag die Forderung nach Vernetzung und Zusammenarbeit der Eliten auf der Hand. Dagegen formulierte die aus den sozialen Bewegungen kommende Koalition, die Hajer eher durch die Publikationen „Small is Beautiful“ (Ernst Friedrich Schumacher, 1973) und „Blueprint for Survival“ (Edward Goldsmith und Robert Allen, 1972) geprägt sieht, radikale Kritik an sozialen Verhältnissen (vgl. Hajer 1995: 86).

3.2.2 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Wissenschaft

Die große Bedeutung des *Club-of-Rome-Berichts* ist bereits ein erster Hinweis darauf, dass die Entwicklung des ökomodernen Diskurses besonders innerhalb der Wissenschaft vorangetrieben wurde. Dabei waren die Übergänge von politischem Programm und wissenschaftlicher Theorie immer fließend. Gerade in der Anfangsphase spielte die politische Dimension auch bei den wissenschaftlichen Publikationen eine wichtige Rolle (vgl. Mol/Jänicke 2009: 18; Spaargaren/Mol 2009: 72f). Martin Jänicke beansprucht für sich, den konkreten Wortlaut der ‚ökologischen Modernisierung‘ in einer Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses vom 22. Januar 1982 eingeführt zu haben (vgl. Jänicke 1993: 18). An diesem Ereignis wird die besondere Verquickung der politischen und wissenschaftlichen Motivation deutlich, die auch mit der Doppelfunktion einzelner Protagonist_innen einher ging. Wissenschaftliche und politische Dimensionen des ökomodernen Konzepts verband dabei die Annahme, dass Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nicht im Widerspruch zueinander stehen müssen (vgl. Huber 2011a: 279).

Bereits in den 1970er Jahren gab es – prominent vertreten durch Martin Jänicke und Joseph Huber – Beiträge, die sich der wissenschaftlichen Erarbeitung eines Konzepts der ökologischen Modernisierung widmeten (vgl. Hajer 1997: 108; Huber 1993: 55). Auch wenn der Terminus der ‚ökologische Modernisierung‘ seine Ursprünge in der deutschsprachigen Wissenschaft hat, fällt im internationalen Vergleich eine strukturelle Ähnlichkeit mit anderen Neukonzeptionalisierungen der

Umweltprobleme zur damaligen Zeit auf (vgl. Hajer 1997: 108). Zunächst wurden verschiedene Einzelaspekte des Ansatzes entwickelt, die nach und nach auf der Basis des modernisierungstheoretischen Paradigmas zusammengefügt wurden (vgl. Huber 2011a: 279). Was die theoretische Weiterentwicklung des Ansatzes betrifft, spielten neben Huber auch niederländische sowie englische und skandinavische Autor_innen eine wichtige Rolle (vgl. Mol/Jänicke 2009). Bereits in den 1990er Jahren erlangte das Konzept der ökologischen Modernisierung eine internationale Breitenwirkung (vgl. Jänicke 2001: 2).

In relativ kurzer Zeit entwickelte sich in der Wissenschaft ein ökomoderner Diskursstrang, der mit vielen Basisannahmen der ökologischen Kritik, wie sie von den Umweltbewegungen vertreten wurde, brach. Diese Einschätzung gibt Huber selber in einem Sammelband von 1993 wieder:

„Ein Fachkompendium wie dieses unter der Überschrift ‚Umweltpolitik als Modernisierungsprozess‘ wäre noch bis Mitte der 80er Jahre als Widerspruch in sich aufgefaßt worden. Denn unter Modernisierung verstand man im Kern Industrialisierung und Wirtschaftswachstum, und diese galten als Hauptursache der Umweltprobleme.“ (Huber 1993: 51)

Er hält fest, dass ‚ökologisches Wirtschaftswachstum‘ als Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme bis Mitte der 1980er Jahre in keiner Weise konsensfähig war. Dagegen konstatiert er für den Beginn der 90er Jahre, dass „bereits große Minderheiten, wenn nicht schon die Mehrheit, eine solche Vorstellung für einlösbar hält“ (Huber 1993: 51). Dieser Stimmungswandel kann jedoch nicht allein auf wissenschaftliche Publikationen zurückgeführt werden. Es bedurfte zusätzlich einflussreicher Akteur_innen in anderen Bereichen, die sich die ökologische Modernisierung auf die Fahnen schrieben.

3.2.3 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Politik

Katalytische Wirkung für die Beschäftigung mit der Ökologieproblematik auf der Ebene internationaler Politik hatte, neben dem 1972 erschienenen *Club-of-Rome-Bericht* zu den Grenzen des Wachstums, die im gleichen Jahr stattfindende Weltumweltkonferenz in Stockholm. Auf der *United Nations Conference on the Human Environment* wurde eine Deklaration mit Prinzipien für zukünftige Umwelt- und Entwicklungspolitik, sowie ein Aktionsplan mit empfohlenen Maßnahmen beschlossen. Darüber hinaus wurde das *Umweltprogramm der Vereinten Nationen* gegründet (United Nations Environment Programme, UNEP), das im Verlauf der politischen Auseinandersetzungen um die ökologische Krise wichtige Akzente setzte (vgl. Dingler 2003: 214f).

Ein weiteres zentrales Ereignis für die Etablierung einer ökomodernen Umweltpolitik war die Ölkrise im Jahr 1973, die den Warnungen vor der Erschöpfung natürlicher Ressourcen zu Aufmerksamkeit verhalf. Gleichzeitig führte die durch die Ölkrise ausgelöste weltweite wirtschaftliche Rezession zum Erstarken eines einflussreichen ökonomischen Diskurses der Standortpolitik, der wirtschaftlichen Aufschwung durch die Sicherung von Wettbewerbsvorteilen versprach (vgl. Brand 2008: 225). Die weit verbreiteten Ängste vor Inflation und Massenarbeitslosigkeit hatten Einfluss auf die ökologischen Debatten, in denen die Kritik am Wirtschaftswachstum zunächst stark polarisierend wirkte und ab den 1980er Jahren nach und nach zur Randposition wurde (vgl. Hajer 1995: 94f).

Für die durch die Ölkrise verschärften Auseinandersetzungen um die ökologische Krise geht Hajer davon aus, dass insbesondere auf der Ebene inter- und transnationaler Politik die verschiedenen Diskursstränge zu einem kohärenten politischen Konzept der ökologischen Modernisierung geformt und als Grundlage von Politikformulierung etabliert wurden. Entscheidende Institutionen in diesem Prozess waren unter anderem die *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD), das *Umweltprogramm der Vereinten Nationen* (UNEP), die *Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung* (CSD), der von den Vereinten Nationen eingerichtete *Sachverständigenrat der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* (WCED) sowie gemäßigte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die *Internationale Union für die Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen* (IUCN) und der *World Wide Fund For Nature* (WWF) (vgl. Hajer 1995: 101).

Steven Bernstein betont in dem Zusammenhang den starken Einfluss der OECD, der für den ökonomischen Bereich große Kompetenzen zugesprochen wurden. Diesen Einfluss nutzte sie, um den immer wichtiger werdenden ökologischen Debatten eine neue Richtung zu geben, so dass sie in die wachstumsorientierten ökonomischen Konzepte integriert werden konnten (vgl. Bernstein 2000: 495). Ihr Plädoyer für die Aufhebung des Gegensatzes von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum hatte große Wirkung auf Multiplikator_innen und Entscheidungsträger_innen. Die *International Conference on Environment and Economics* der OECD aus dem Jahre 1984 bezeichnet Bernstein dabei als „key event“ (Bernstein 2000: 495). Als Fazit der Konferenz galt die These, dass sich ökologische und ökonomische Ziele – bei kluger Steuerung – nicht widersprechen, sondern gegenseitig positiv beeinflussen. Beide Zielformulierungen würden technologische Innovationen fördern, von denen die Erreichung der Ziele abhängen (vgl. Hajer 1995: 99). Der Einfluss dieser Konferenz im Besonderen und der OECD im Allgemeinen zeigt sich in der Übernahme einiger Grundannahmen und Schlussfolgerungen durch die

WCED. Für diese Verbindung spricht auch die Personalie Jim MacNeill, der bis 1984 für die OECD als *Environment Director* arbeitete und damit für die Organisation der besagten Konferenz verantwortlich war. Anschließend hatte er als außerordentliches Mitglied großen Einfluss auf den Bericht der WCED (vgl. Bernstein 2000: 496f).

Huber betont – im Gegensatz zu Bernstein – die Bedeutung sozialdemokratischer Politiker_innen wie Gro Harlem Brundtland und Volker Hauff, durch die seiner Meinung nach „wesentliche Elemente einer Strategie ökologischer Modernisierung Eingang in den *Brundtland-Report* (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987) und damit in das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gefunden haben“ (Huber 2011b: 143).

Dieser 1987 erschienene Bericht der WCED, „Our Common Future“ (oftmals als *Brundtland-Bericht* bezeichnet, benannt nach der damaligen Vorsitzenden der Kommission Gro Harlem Brundtland), wird von vielen Autor_innen als paradigmatischer Text des ökomodernen Diskurses hervorgehoben, der die konzeptionelle Grundlage für die Umweltpolitik der 1990er Jahre legte (vgl. Bäckstrand/Lövbrand 2006: 52f; Brand 2010: 143; Hajer 1995: 8f, 26; Hajer 1997: 108). Im Zentrum von *Our Common Future* steht die Idee eines dauerhaften menschlichen Fortschritts, der durch die ökologische Krise in Gefahr gerate, aber durch nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development“) aufrecht erhalten werden könne (vgl. Dingler 2003: 313). Nachhaltige Entwicklung wird somit als rationale Intervention zur Stabilisierung des Fortschritts gefasst, um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sowohl der jetzigen als auch der zukünftigen Generationen, zu sichern.

Damit steht *Sustainable Development* in der Tradition der Entwicklungstheorien der ersten Nachkriegsjahrzehnte, die auf die Universalisierung des ‚westlichen‘ Zivilisationsmodells der Moderne zielen. Das Paradigma der Entwicklungstheorie zeigt sich auch in der im Bericht vertretenen Annahme, dass Armut ein wesentlicher Grund für die ökologische Krise sei (vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 3).⁷ Im Bericht wird davon ausgegangen, dass Armut zu unkontrollierter und ineffizienter Ressourcennutzung und damit zu Umweltzerstörung

6 In der *World Conservation Strategy*, die 1980 vom UN-Umweltprogramm und dem WWF publiziert wurde, tauchte der Begriff ‚Sustainable Development‘ zum ersten Mal in einem internationalen Dokument auf (vgl. Dingler 2003: 215). Bekanntheit erlangte er aber vor allem mit dem Erfolg des *Brundtland-Berichts*.

7 Daneben werden zwar auch manche Formen des Wirtschaftens in den Industriegesellschaften als Ursachen für Umweltprobleme genannt, insgesamt wird diesen aber weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Verursachung von Umweltzerstörung durch Armut (vgl. Dingler 2003: 225).

führe (vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 7f, 10). *Sustainable Development* basiert auf dem klassischen Entwicklungsbegriff, der um eine Nachhaltigkeitskomponente ergänzt wird. Diese Vorstellung von nachhaltiger Entwicklung soll durch das konzeptionelle Dreieck, bestehend aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien, realisiert werden (vgl. Dingler 2003: 222f, 311). Das Kernanliegen des *Brundtland-Berichts* ist dabei die Versöhnung von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum.

„In unserem Bericht, der den Titel ‚Unsere gemeinsame Zukunft‘ trägt, prognostizieren wir daher auch kein Umsichgreifen des ökologischen Zerfalls in einer von wachsender Not und Armut sowie zunehmender Umweltverschmutzung und immer knapper werdenden Ressourcen gekennzeichneten Welt. Wir sehen vielmehr sehr wohl *Chancen für eine neue Ära des wirtschaftlichen Wachstums; eine Ära, die aufbauen muß auf der Bewahrung alter und der Nutzung neuer, in unserer Umwelt vorhandener Ressourcen.*“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 1f; Hervorhebung T. K.)

Es sind vor allem zwei Argumente, die plausibel machen sollen, warum Umweltschutz und Wirtschaftswachstum nicht nur keinen Widerspruch darstellen, sondern sich sogar gegenseitig bedingen. Das erste Argument ist, dass Wirtschaftswachstum notwendig sei, um Armut und damit Umweltzerstörung überwinden zu können (vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 7f, 10). Das zweite Argument besteht in der Reformulierung der Grenzen des Wachstums. Werden im *Club-of-Rome-Bericht* noch absolute Grenzen, die in der Natur begründet sind, angenommen, so geht der *Brundtland-Bericht* von relativen Grenzen aus, die sich aus den verwendeten Technologien und der Gesellschaftsorganisation ergeben. Diese relativen Grenzen, so die These, könnten durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse, technologischen Fortschritt und adäquates Management immer weiter ausgedehnt werden (vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 10). Das Plädoyer zielt dann nicht auf die Anerkennung der *Grenzen des Wachstums*, sondern vielmehr auf die Realisierung eines *Wachstums der Grenzen* (vgl. Dingler 2003: 224ff).

Mit dem Konzept der *Sustainable Development* brachte der *Brundtland-Bericht* einflussreiche Institutionen wie die *Weltbank* und den *Internationalen Währungsfonds* (IWF) dazu, ihre ablehnende Haltung gegenüber ökologischen Debatten aufzugeben (vgl. Hajer 1995: 12). Auch innerhalb der *Welthandelsorganisation* (World Trade Organisation, WTO) ermöglichte die programmatische Verschiebung von den *Grenzen des Wachstums* zum *Wachstum der Grenzen* und zur *Sustainable Development* die Thematisierung ökologischer Probleme (vgl. Eglin 1995: 770), allerdings ohne dass grundsätzliche Konsequenzen daraus gezogen oder die konkreten sozial-ökologischen Folgen der Freihandelspolitik analysiert worden wären (vgl. Santarius et al. 2003: 58). Darüber hinaus beeinflusste der *Brundtland-Bericht* die Strategien

wichtiger Umweltorganisationen des globalen Nordens, die sich positiv auf ihn beriefen, um Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger_innen nehmen zu können (vgl. Mol/Sparrgaren/Sonnenfeld 2009: 5). Von den radikaleren Teilen der Umweltbewegungen wurde das Konzept der *Sustainable Development* allerdings kritisiert, da sie darin vor allem eine Strategie der Aufrechterhaltung des Wachstumsgedankens („to sustain development“) sahen, welche die tatsächlichen Ursachen der ökologischen Krise nicht benennen würde (vgl. Hajer 1995: 12).

Im Anschluss an den *Brundtland-Bericht* war die *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung* 1992 in Rio de Janeiro (im Folgenden: *Rio-Konferenz*) ein weiteres wichtiges Ereignis in der Herausbildung und Verbreitung des ökomodernen Diskurses. Mit der Konferenz wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im internationalen politischen System verankert. Stärker als im *Brundtland-Bericht* rückten in Rio die industrialisierten Länder als Hauptverursacher der ökologischen Krise in den Mittelpunkt (vgl. Dingler 2003: 234). Die Ursachen der ökologischen Krise wurden in einer mangelnden Effizienz und einer mangelnden Modernisierung bestimmter Produktionsmuster gesehen, aber nicht im Wirtschaftswachstum selbst. Als Lösungen wurden Effizienzsteigerungen, neue Technologien und ein wissenschaftliches Ressourcenmanagement vorgeschlagen (vgl. Dingler 2003: 233ff). Auf der *Rio-Konferenz* wurde die *Konvention über biologische Diversität*, die Klimarahmenkonvention, ein Dokument über Prinzipien des Waldmanagements, die *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung* und die *Agenda 21* verabschiedet. Gerade durch die *Agenda 21*, die viele Prozesse auf kommunaler Ebene anstieß (vgl. Brand 2008: 229), trug die *Rio-Konferenz* zur Verbreitung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung bei, das zur Leitlinie öffentlichen Handelns wurde (vgl. Dingler 2003: 240).

20 Jahre nach der *Rio-Konferenz* fand 2012 ebenfalls in Rio de Janeiro erneut eine internationale Umweltkonferenz statt. Diese *Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung* wird in Anspielung an die erste *Rio-Konferenz* auch als Rio+20 bezeichnet. Im Vorfeld von Rio+20 publizierte die 2008 vom UN-Umweltprogramm gegründete *Green Economy Initiative* (GEI) den Bericht „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication“. Aufgrund der Positionierung verschiedener Akteur_innen stand *Green Economy* als zentraler Diskussionsrahmen bereits im Vorfeld der Rio+20-Konferenz fest. Neben dem UN-Umweltprogramm kamen die Initiativen von der Grünen Partei (v. a. in Deutschland) und der Heinrich-Böll-Stiftung, von Teilen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, von der *Europäischen Kommission* (EU-Kommission) und der OECD, von innovativen Unternehmen und ökologisch orientierten Investmentfonds, von Gremien wie dem *Wissenschaftlichen Beirat der*

deutschen Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* und Thinktanks wie der *New Economics Foundation* sowie der mit ihr verbundenen *Green New Deal Group* in Großbritannien (vgl. Wissen 2012: 28).

Das Konzept einer *Green Economy*, wie es unter anderem im GEI/UNEP-Bericht ausgearbeitet und auf der Konferenz diskutiert wurde, gilt als Weiterentwicklung von *Sustainable Development*. Der Hauptunterschied liegt – trotz Betonung der Kontinuität zur Konferenz von 1992 und zum Ansatz der *Sustainable Development* – in der Schwerpunktverlagerung innerhalb des sogenannten Nachhaltigkeitsdreiecks. Der stärkere Fokus auf ökonomische Prozesse im Vergleich zu sozialen und ökologischen Aspekten der Nachhaltigkeit (vgl. UNEP 2011: v) zeigt sich bereits im Begriff der *Green Economy*. Diese Schwerpunktsetzung wird mit der großen Wirksamkeit der ökonomischen Instrumente nachhaltiger Entwicklung begründet. Dahinter steckt die Annahme, dass der beste Schutz der Natur in ihrer Inwertsetzung liege (vgl. UNEP 2011: 6ff).

In dem GEI/UNEP-Bericht wird die *Green Economy* als Königsweg zur Armutsbekämpfung und zu einer ‚nachhaltigen Entwicklung‘ präsentiert (vgl. UNEP 2011: 38). *Green Economy* gilt als Schlüssel, um das Gemeinwohl in seinen vielen Facetten verwirklichen zu können (vgl. UNEP 2011: 2). Im Kern des Konzepts steht die Idee eines nachhaltigen Wachstums, mit dem neben den ökonomischen auch soziale und ökologische Ziele erreicht werden. Wirtschaftswachstum soll in einer *Green Economy* über Investitionen erfolgen, die den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren, Energie- und Ressourceneffektivität vorantreiben und damit die Biodiversität sowie die ‚Ökosystemdienstleistungen‘ (*ecosystem services*⁸) erhalten (vgl. UNEP 2011: 2). Das Verhältnis zur Natur ist in dem Konzept durch eine radikal ökonomische Sicht gekennzeichnet, in der Natur ein wirtschaftlicher Wert zugemessen wird (vgl. UNEP 2011: 5). Die Inwertsetzung von Natur gilt dabei zum einen als ideales Mittel für Umweltschutz und zum anderen als Zweck von Umweltschutz.

„The development path should maintain, enhance and, where necessary, rebuild natural capital as a critical economic asset and as a source of public benefits, especially for poor people whose livelihoods and security depend on nature.“ (UNEP 2011: 2)

Die Bedeutung der Rio+20-Konferenz für die Auseinandersetzungen um die ökologische Krise sind ambivalent einzuschätzen. Mit der *Green Economy* wurde zwar ein neuer Begriff geprägt, der eine entscheidende Verschiebung innerhalb des ökomodernen Diskurses bedeutet und auf den sich viele Akteur_innen berufen. Die

8 Mit dem Begriff der *ecosystem services* werden die ‚Dienstleistungen‘ der Natur bzw. der Nutzen, den Menschen aus ökologischen Systemen ziehen, bezeichnet.

konkreten Ergebnisse der Konferenz werden allerdings – anders als bei der *Rio-Konferenz* des Jahres 1992 – vermutlich kaum Einfluss auf zukünftige umweltpolitische Aushandlungsprozesse haben. Die Delegierten einigten sich auf die Abschlusserklärung *The Future We Want*, in der viele Ziele formuliert, aber weder konkrete Umsetzungsstrategien noch verbindliche Vereinbarungen enthalten sind, weshalb sie von NGOs stark kritisiert wurde (vgl. Hmaidan 2012).

Die dargestellten Entwicklungen auf der Ebene internationaler Umweltpolitik stehen in einem engen, wechselseitigen Verhältnis zu den umweltpolitischen Dynamiken in verschiedenen Nationalstaaten. Besonders früh hat sich das japanische Wirtschaftsministerium mit ökomodernen Ideen beschäftigt, allerdings ohne Verwendung des Begriffs und ohne auf die erst später einsetzenden wissenschaftlichen Debatten zurückgreifen zu können. Bereits 1974 entwickelte das Ministerium ein Konzept der wissensintensiven und ressourcensparenden Wirtschaft (vgl. MITI 1974; Mol/Jänicke 2009: 17). Im gleichen Jahr lancierte es auch das *Sunshine Project* zur Förderung der Erforschung erneuerbarer Energien (vgl. im Internet: www.meti.go.jp/english/aboutmeti/data/ahistory2009.html, letzter Zugriff am 02.12.2014).

Für die Entwicklung in Deutschland beschreibt Jänicke, dass der sich entwickelnde ökomoderne Diskurs ab den 1980er Jahren die umweltpolitischen Debatten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stark beeinflusste (vgl. Jänicke 1993: 18; Jänicke 2001: 2). Mit dem *Bündnis 90/Die Grünen* nahm sich später eine weitere Partei des Konzepts an, so dass die rot-grüne Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung von 1998 explizit ein Programm der ökologischen Modernisierung formulierte (vgl. Jänicke 2001: 2).

Auch in anderen Industrieländern setzte sich der ökomoderne Diskurs durch, in der Regel ohne dass die Nationalstaaten durch zwischenstaatliche Abkommen oder Verträge dazu verpflichtet gewesen wären. Grundsätzlich waren Regierungen bestrebt, der Kritik von Seiten der Umweltbewegungen und der Wissenschaft eigene umweltpolitische Impulse entgegen zu setzen. Dabei führten vor allem Effekte der Nachahmung, der Durchsetzung von neuen Normen und die Orientierung an internationalen Organisationen dazu, dass es eine Diskursverschiebung hin zu ökomodernen Deutungsmustern und Praktiken gab (vgl. Busch/Jörgens/Tews 2005). Huber hebt in dem Zusammenhang die Bedeutung des weit verbreiteten Glaubens an Lösungen durch technologische Entwicklungen hervor:

„Im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Ziele ökologischer Nachhaltigkeit, speziell auch in der Klimapolitik, ist ökologische Modernisierung durch technologisch-industrielle Innovation zum regierungsoffiziellen Credo in den fortgeschrittenen Industriestaaten geworden.“ (Huber 2011a: 288)

Insgesamt gab es ab Mitte der 1980er Jahre einen Trend, in dem die grundlegenden ökomodernen Ideen und damit spezifische Problemdefinitionen und Lösungsstrategien sowohl in verschiedenen Industrienationen als auch in internationalen Organisationen wie der UN, der OECD und der Europäischen Union an Einfluss gewannen (vgl. Hajer 1995: 26). Allerdings standen die Länder des globalen Südens dem plötzlichen Interesse der Industrienationen an ökologischen Themen zunächst skeptisch gegenüber. Sie vermuteten darin den Versuch, von den Fragen nach Entwicklung und Umverteilung abzulenken (vgl. Hajer 1995: 79).

3.2.4 Die Formierung des ökomodernen Diskurses in der Wirtschaft

Die überwiegende Zahl der Unternehmen und Wirtschaftsverbände hat sich bislang kaum mit der ökologischen Krise beschäftigt und steht Umweltschutzmaßnahmen passiv bis abwehrend gegenüber (vgl. Pulver 2011: 583, 585). Die wenigen Unternehmen und Verbände allerdings, die sich aktiv in die Auseinandersetzungen um die ökologische Krise eingebracht haben, sind dabei relativ einflussreich gewesen. So gehen bestimmte Entwicklungen des ökomodernen Diskurses – wie die Zurückdrängung dirigistischer und die Bevorzugung marktorientierter Instrumente – unter anderem auf die Lobbyarbeit einzelner Unternehmen oder Verbände, insbesondere aus dem Finanz- und Energiesektor, zurück (vgl. Ihlen 2009: 246; Kolk/Levy 2001: 501; Meckling 2011; Rest 2011: 114).

Spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde es für die Lobby der Energiekonzerne und der energieintensiven Branchen immer schwieriger, die ökologische Krise glaubhaft zu leugnen. Dennoch investier(ten) weiterhin einzelne Konzerne aus diesem Bereich viel Geld in die Verbreitung klimaskeptischer Positionen (vgl. Brunnengräber 2013; im Internet: www.greenpeace.org/kochindustries, letzter Zugriff am 02.12.2014). Andere Konzerne wiederum verlegten sich auf subtilere Formen der Verhinderung oder zumindest Verzögerung von politischen Vorgaben. Beispielsweise im Rahmen der *Global Climate Coalition* (GCC) wiesen Unternehmen vermehrt auf die generelle Ungewissheit wissenschaftlicher Prognosen hin und zogen bestimmte unliebsame wissenschaftliche Erkenntnisse in Zweifel – unter anderem durch eigens in Auftrag gegebene Studien. Weiterhin betonten sie die negativen Folgen, die eine umweltpolitische Regulierung ihrer Meinung nach für die Wirtschaft hätte (vgl. Fauset 2008: 15). Gleichzeitig wuchs die Zahl derjenigen Unternehmen, die ihre Fundamentalopposition aufgaben. Diese Unternehmen versprachen sich von der Ablehnung jeglicher Veränderung ihres Geschäftsmodells nur noch wenig Erfolg.

Deshalb gingen einzelne Unternehmen und Verbände mehr und mehr dazu über, die Art und Weise der umweltpolitischen Regulierung – beispielsweise hin zu marktkonformen Lösungen – zu beeinflussen (vgl. Ihlen 2009: 246). Die Ausarbeitung und Festschreibung der *flexiblen Mechanismen*⁹ des Kyoto-Protokolls ging unter anderem auf einen Wandel der Lobby-Strategie – von der reinen Abwehrhaltung hin zur Befürwortung einer bestimmten politischen Bearbeitung – eines Teils der großen Konzerne zurück (vgl. Meckling 2011). So setzte sich der *World Business Council for Sustainable Development* (WBCSD), eine Lobbyorganisation in der über 100 Konzerne Mitglied sind, bei den UN-Klimaverhandlungen für flexibilisierende Mechanismen ein (vgl. Najam 2013: 37).

Weiterhin initiierte beispielsweise der Erdölkonzern BP vor den Verhandlungen in Kyoto die Bildung einer Koalition aus Wirtschaftsverbänden und Umwelt-NGOs, um marktorientierte Instrumente durchzusetzen (vgl. Kolk/Levy 2001: 501). Im gleichen Zeitraum begann BP verstärkt in Solarenergie zu investieren und übernahm 1999 die Fotovoltaikfirma *Solarex*. Im Juli 2000 präsentierte BP, was ursprünglich für *British Petroleum* stand, ein neues, grünes Markensymbol mit dem Slogan *BP – Beyond Petroleum* (vgl. Kolk/Levy 2001: 505). Tatsächlich sind die Investitionen von BP in erneuerbare Energien nach wie vor marginal. Über 90 % der Gesamtinvestitionen fließen weiterhin in fossilen Brennstoffe.

In Bezug auf die BP-Kampagne *Helios Power* aus dem Jahre 2007 zeigen Karl Smerecnik und Valerie Renegar, wie die verwendete Rhetorik bestimmte Umweltschutz-Aktivitäten in den Mittelpunkt rückt und andere gar nicht benennt und damit der Aufmerksamkeit entzieht (vgl. Smerecnik/Renegar 2010: 153). Dabei arbeitet BP vor allem mit dem Inkrementalismus – der Vorstellung, mit kleinen Schritten in die richtige Richtung zu einer Lösung komplexer sozialer Probleme zu kommen. Eine inkrementelle Vorgehensweise vermeidet Umbrüche. Stattdessen sollen die bestehenden Strukturen so lange wie möglich ausgebaut und optimiert werden. Über die inkrementelle Strategie – die schon im zentralen Slogan der Kampagne, *A little better gas station*, deutlich wird – kann BP versichern, zur Lösung ökologischer Probleme beizutragen, ohne weitreichende Schritte in diese Richtung unternehmen zu müssen. Vor allem wird über den Inkrementalismus die aktuelle Nutzung fossiler Brennstoffe legitimiert, so lange es in naher Zukunft *a little better* passiert, spricht mit etwas saubereren Technologien (vgl. Smerecnik/Renegar 2010: 162). Als

9 Im Kyoto-Protokoll sind drei marktbasierende Mechanismen festgelegt, deren Zweck es ist, die Einhaltung der Obergrenzen für die Annex-B-Staaten möglichst kostengünstig zu gestalten: der *Emissionsrechtehandel*, der *Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung* (Clean Development Mechanism, CDM) und die *Gemeinsame Umsetzung* (Joint Implementation, JI) (für eine ausführliche Erläuterung vgl. Kapitel 5.1.2).

positive Norm zum Umgang mit ökologischen Problemen wird in der Kampagne der Markt bzw. Marktmechanismen, die Produktion von Gütern durch ‚grüne Unternehmen‘ und die Konsumtion der Güter durch ‚kritische Konsument_innen‘ propagiert. Ausgeblendet werden dagegen Lösungsvorschläge oder Aktivitäten, die im Widerspruch zum Streben nach Wirtschaftswachstum stehen könnten (vgl. Smerecnik/Renegar 2010: 166). Die in der Kampagne pointiert artikulierte Hoffnung auf inkrementelle Verbesserungen – innerhalb der gegebenen strukturellen Rahmenbedingungen – ist ein wichtiges Element des ökomodernen Diskurses.

Mittlerweile verzichtet BP wieder darauf, sich als möglichst ökologisch zu präsentieren. Die Propagierung der ökologischen Modernisierung des Unternehmens ging auf die Initiative des damaligen Vorstandsvorsitzenden John Browne zurück. Seit dessen Rücktritt im Jahre 2007 sind die ökomodernen Ambitionen wieder in den Hintergrund getreten. Die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien wurden zurückgefahren, gleichzeitig investiert BP in den besonders schädlichen Abbau von Ölsand in Kanada (vgl. im Internet: www.theguardian.com/business/2010/may/17/tar-sands-extraction-friends-earth, www.greenpeace.org.uk/files/tarsands/tar-sands.html, letzter Zugriff am 02.12.2014). Auch die anderen großen Energiekonzerne haben ihre Investitionen in erneuerbare Energien in den letzten Jahren zurückgefahren und stattdessen verstärkt in die Förderung unkonventioneller Öl- und Gasquellen¹⁰ investiert (vgl. Klein 2014: 111f).

Wie das Beispiel BP zeigt, thematisieren einzelne multinationale Konzerne zumindest phasenweise ökologische Probleme – insbesondere den Klimawandel – und propagieren damit eine unternehmerische Gesellschaftsverantwortung (corporate social responsibility, CSR). Øyvind Ihlen sieht in der Betonung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen eine Strategie zur Vermeidung eines Legitimations-Defizits (vgl. Ihlen 2009: 257). Allerdings gibt es bislang keine Anzeichen dafür, dass CSR zur Voraussetzung ökonomischen Erfolgs wird. „There is plenty of evidence to show that the market does not necessarily punish corporations that do not engage in CSR.“ (Ihlen 2009: 258) Unabhängig davon ist zu beachten, dass mit einer Strategie der gesellschaftlichen Verantwortung nicht immer eine tatsächliche Vermeidung von Umweltschäden einhergeht. Ihlen betont, dass der Formulierung einer sozial-ökologischen Verantwortung durch Unternehmen nur selten wirksame Maßnahmen folgen (Ihlen 2009: 246).

10 Aufgrund knapper werdender Ressourcen kommt es vermehrt zur Förderung unkonventioneller Öl- und Gasquellen (z. B. Ölförderungen in der Tiefsee und Teersandabbau).

„[...] corporate environmental reports rarely recognize problems with environmental performance or discuss fundamental problems such as whether certain industries and the lifestyles they support ,inherently produce more harms than benefits.“ (Ihlen 2009: 247)

Das Zitat verdeutlicht ein zentrales Element des ökomodernen Diskurses: Lösungsansätze, die auf strukturelle Veränderungen zielen, finden kaum Beachtung. Trotz der mageren Ergebnisse artikulieren sich einzelne multinationale Konzerne als Teil der Problemlösung und als wichtige Akteurinnen bei der Verhinderung eines extremen Klimawandels (vgl. Ihlen 2009: 255). Dabei begreifen sie ökologische Probleme auch als ökonomische Chance. Aufgrund des sogenannten *first mover advantage* versprechen sich bestimmte Firmen durch die Übernahme einer Pionierrolle Wettbewerbsvorteile und damit entsprechende Gewinnchancen (vgl. Ihlen 2009: 256).

Dies trifft insbesondere für Unternehmen aus den Bereichen der erneuerbaren Energien, der Energie- und Rohstoffeffizienz, der Kraft-Wärme-Kopplung, der nachhaltigen Mobilität und der Kreislaufwirtschaft zu, die auch als „Unternehmen aus dem Nachhaltigkeitssektor“ (Brunnengräber 2009: 190) bzw. als „grüne Industrien“ (Oberthür/Ott 2000: 111) bezeichnet werden. Im Rahmen eigener Wirtschaftsverbände wie dem *European Business Council for Sustainable Energy* (e5) setzen sie sich für striktere Regulierungen ein, da sie sich davon ein Wachstum ihrer Absatzmärkte erhoffen (vgl. Brunnengräber 2009: 190). Primär zielt ihre Lobbyarbeit auf die Förderung der von ihnen bereits entwickelten und noch zu entwickelnden Technologien. Durch ihre geringen Marktanteile, gerade im Vergleich zu Erdöl- und Erdgasunternehmen, ist ihr Einfluss zwar begrenzt, aber aufgrund ihrer relativ hohen Zahl an Beschäftigten und ihrer Exportorientierung auch nicht ganz unerheblich (vgl. Rest 2011: 103ff).

Diese ‚grünen Industrien‘ stehen paradigmatisch für die ökomoderne Hoffnung auf innovative Technologien als Lösung der ökologischen Krise. Daneben spielen sie als Wachstumsbranche in Bezug auf das ökomoderne Argument der Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle, insbesondere durch die Schaffung von sogenannten *green jobs*. Insgesamt stellen die neuen ‚Grünen Kapitalfraktionen‘ eher ein Versprechen als eine reale gesellschaftliche Kraft dar. Dies zeigt sich aktuell in den Reaktionen auf die ökonomischen Krisen. Sowohl die staatlichen Förderungen als auch die Gesamtinvestitionen in erneuerbare Energien waren innerhalb der Europäischen Union in den letzten Jahren rückläufig (vgl. Haas/Sander 2013: 28).

3.2.5 Die Neoliberalisierung des ökomodernen Diskurses

Innerhalb des ökomodernen Diskurses gab und gibt es verschiedene Perspektiven auf die Rolle des Staates. Prinzipiell ist die Umsetzung ökomoderner Politik sowohl durch staatliche Investitionen und/oder Regulierung als auch durch marktkonforme Anreizstrukturen denkbar. Lange Zeit hielten sich die Befürworter_innen und Gegner_innen eines stark regulierend eingreifenden Staates die Waage. So konstatiert Huber in einem Aufsatz aus dem Jahr 1993 einen „Streit zwischen den Befürwortern eines eher staatsdirigistischen Weges und eines eher marktwirtschaftlichen Weges der ökologischen Modernisierung“ (Huber 1993: 64). Wurde im *Brundtland-Bericht* (1987) noch verstärkt auf staatliche Regulierungen der Ökonomie gesetzt, so dominierte bereits bei der *Rio-Konferenz* (1992) die Betonung marktorientierter Lösungsvorschläge (vgl. Dingler 2003: 238). Im Laufe der 1990er Jahren hat sich vorerst der marktwirtschaftliche Weg durchgesetzt. Die Hinwendung zu freiwilligen Verpflichtungen der Wirtschaftsunternehmen sowie zu marktbasierenden Instrumenten lässt sich sowohl in den Industriestaaten als auch auf internationaler Ebene ausmachen (vgl. Bernstein 2000; Busch/Jörgens/Tews 2006: 124; Görg 2003a; Kaufmann/Müller 2009: 158; Oels 2010). Liberalisierung, Privatisierung und Marktanreize werden zu zentralen Bearbeitungsstrategien im ökomodernen Diskurs. Insbesondere in Bezug auf die internationale Klimapolitik zeigt sich eine starke Orientierung auf Marktmechanismen (vgl. Kapitel 5.1.2 und 5.1.3). Die Neoliberalisierung der Umweltpolitik ist kein Einzelphänomen, sondern steht im Zusammenhang mit der Durchsetzung neoliberaler Ansätze im Bereich der Ökonomie und den dadurch ausgelösten Verschiebungen in der *Agglomeration hegemonialer Diskurse*¹¹. So kam es ab den 1970er Jahren in nahezu allen Politikbereichen zur Durchsetzung neoliberaler Praktiken (vgl. Bedall 2014: 118ff).

Allerdings ist durchaus denkbar, dass es im Zuge der aktuellen Auseinandersetzungen um die adäquaten Reaktionen auf Wirtschaftskrisen (Banken-, Finanz-, Euro- und Schuldenkrisen) zu einer Zurückdrängung neoliberaler Diskurse kommt. Schließlich konnten die Deutungsmuster, in denen neoliberale Praktiken als (Teil-) Ursache für die ökonomischen Krisen gesehen werden, zunehmend an Bedeutung gewinnen, auch wenn sie sich in Bezug auf die konkreten Bearbeitungsstrategien nur in Ausnahmefällen durchsetzen konnten. Ein solcher Wandel hätte weitreichen-

11 Mit dem Begriff der ‚Agglomeration hegemonialer‘ Diskurse bezeichne ich die hegemoniale Strukturiertheit des Sozialen über verschiedene Diskursarenen hinweg, die sich aus dem Zusammenspiel verschiedener, sich teilweise überlagernden Diskursorganisationen ergibt (vgl. Kapitel 2.1.3). Mit der Begriffswahl lehne ich mich an die in Kapitel 2.1.2 eingeführte Definition von ‚Gesellschaft‘ als eine ‚Agglomeration von Diskursen‘ an.

de Folgen für die Agglomeration hegemonialer Diskurse und würde sicherlich auch zu Veränderungen in der Organisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse führen (vgl. Bedall 2014: 144ff). Dabei muss es keineswegs zu einer Abkehr vom ökomodernen Projekt kommen. Schließlich können sich die ökomodernen Deutungs- und Handlungsmuster durchaus in unterschiedlichen Ausformungen jenseits des Neoliberalismus manifestieren. Das ökomoderne Projekt könnte somit auch wieder einen „eher staatsdirigistischen Weg[es]“ (Huber 1993: 64) einschlagen.

Eine solche Entwicklung könnte insbesondere vom Energiesektor ausgehen, der stärker als andere Bereiche der Umweltpolitik durch staatliche Eingriffe geprägt ist. Die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur (beispielsweise in Strom- und Gasnetze) und/oder die Vorgaben für deren Betrieb prägen die aktuell vorherrschende Form der zentralisierten Energieinfrastruktur. Insofern hängt die Ausgestaltung etablierter oder umgekehrt die Durchsetzung neuer Energieinfrastrukturen maßgeblich von staatlicher Politik ab. Staaten greifen nicht nur, aber auch über direkte und indirekte Subventionen für bestimmte Energieformen in den Energiesektor ein (vgl. Meadowcroft/Langhelle 2009a: 278). Die politische Steuerung der Energieinfrastruktur soll Planungssicherheit für staatliches und unternehmerisches Handeln herstellen. Darüber hinaus sind es geostrategische Überlegungen (insbesondere in Bezug auf die Abhängigkeit von Energieimporten), die prägend für die Energiepolitik sind (vgl. Langhelle/Meadowcroft 2009: 257ff). Insgesamt sind die Verflechtungen zwischen Staaten und ihrer Energiewirtschaft sehr eng. Dies zeigt sich in staatlichen Energieunternehmen, staatlichen Anteilen an Konzernen oder in der Abhängigkeit von Steuereinnahmen aus dem Energiesektor (vgl. Kapitel 5.5.3).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass es innerhalb der Energiepolitik Anzeichen für eine Zurückdrängung neoliberaler Ansätze gibt. Beispielsweise gibt es eine Tendenz zur Rekommunalisierung der Energieversorgung (vgl. Klein 2014: 96ff). Allerdings lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer einschätzen, inwieweit dies auf einen allgemeinen Trend in der Umweltpolitik hinweist – zumal es auch Phänomene gibt, die für eine Kontinuität marktliberaler Umweltpolitik sprechen, insbesondere auf internationaler Ebene. So werden in den Post-Kyoto-Verhandlungen die Marktmechanismen der internationalen Klimapolitik nicht in Frage gestellt und die mit dem Kyoto-Protokoll geschaffenen Kohlenstoffmärkte wachsen stetig (vgl. Kapitel 5.1.2 und 5.1.3). Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Frage nach der Stabilisierung oder Rücknahme neoliberaler Umweltpolitik maßgeblich an den Diskursverschiebungen oder -konsolidierungen im Bereich der Wirtschaftspolitik entscheidet. Der Ausgang aktueller Auseinandersetzungen über diverse Freihandelsabkommen (CETA, TiSA, TTIP usw.) könnte ein Gradmesser für die Einschätzung der diesbezüglichen Kräfteverhältnisse sein.

3.2.6 Der Wandel der Umweltbewegungen

Die Formierung des ökomodernen Diskurses steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Umweltbewegungen. Die Umweltbewegungen stießen Ende der 1960er, Anfang der 70er Jahre einen gesellschaftlichen Wandel an und etablierten die ökologische Krise als relevante gesellschaftliche Herausforderung. Die breite Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise in verschiedenen Gesellschaftsbereichen wirkte wiederum auf die Umweltbewegungen zurück. So durchliefen Teile der Umweltbewegungen in den 1980er Jahren einen Wandel zu Gegenexpert_innen. Mit dieser Professionalisierung ging ein Strategiewechsel einher, der vor allem zu einem stärkeren Interesse an der Beeinflussung konkreter politischer Entscheidungen führte.¹² Mit dem Strategiewechsel war eine Verschiebung der Problemdefinition von einer sozial-ökologischen zu einer rein ökologischen verbunden und damit auch ein Wandel der Lösungsvorschläge. Zur Lösung sozial-ökologischer Probleme bedarf es notwendig einer Transformation gesellschaftlicher Strukturen, wohingegen für rein ökologische Probleme im Einzelfall (vorwiegend technische) Lösungen gefunden werden können, ohne dass die Ursachen in den Strukturen der Gesellschaft gesucht und bekämpft werden müssen. Diskurstheoretisch kann man diesen Wandel innerhalb der Umweltbewegungen als einen Wechsel von popularen¹³ zu separierten Forderungen¹⁴ bezeichnen (vgl. Laclau 2005: 74; Laclau/Mouffe 2001: 137).

- 12 Dabei kann nicht einfach ein Automatismus angenommen werden – im Sinne eines kausalen Zusammenhangs zwischen der Professionalisierung einer Bewegung und der Abkehr von radikaler Systemkritik. Stattdessen müssen die konkreten Prozesse in den Blick genommen werden, um die Hinwendung zu gemäßigteren Positionen erklären zu können.
- 13 Ich übernehme hier Martin Nonhoffs Übersetzung des englischen Begriffs ‚popular‘. Nonhoff begründet den Verzicht auf die gängige Bezeichnung ‚populär‘ in der Übersetzung eines Artikels von Laclau (2007b). Die mit populär verknüpften Konnotationen bekannt, volksnah oder volkstümlich hält er für unpassend. Dagegen schätzt er an ‚popular‘ die Anlehnung an die deutsche Übersetzung von Gramscis ‚popolare‘. Damit möchte er zum einen die Bezugnahme Laclaus auf Gramsci hervorheben und zum anderen den Bedeutungskern des Begriffs als volksbezogen deutlich machen (vgl. Laclau 2007: 36f).
- 14 Laclau verwendet die Begriffe „democratic demands“ und „popular demands“ (Laclau 2005: 125ff). Wullweber übernimmt diese Wortwahl und unterscheidet zwischen „demokratischen“ und „populären Forderungen“ (Wullweber 2010: 91). Durch die Gegenüberstellung mit dem Adjektiv ‚demokratisch‘ erhält der Begriff des Populismus m. E. eine pejorative Konnotation, gegen die Laclau mit seiner Gesamtargumentation entgegen tritt. Deshalb bevorzuge ich die Bezeichnung der separierten Forderung.

Eine separierte Forderung zeichnet sich durch ihren partikularen Inhalt aus. Sie stellt eine isolierte Forderung dar, die nicht Teil einer Äquivalenzkette ist. Eine populäre Forderung ist dagegen durch die Betonung der Gemeinsamkeit mit anderen Forderungen charakterisiert. Ihr partikularer Inhalt verliert demnach an Bedeutung. Die Gemeinsamkeit populärer Forderungen besteht in der Kritik an der hegemonialen Diskursorganisation, d. h. in der Kritik an Ursachen, die als ‚im System liegend‘ verstanden werden (vgl. Laclau 2005: 74; Wullweber 2010: 91).

Dieser Wechsel von populären zu separierten Forderungen der Umweltbewegungen verlief komplementär zu einem Wandel der Subjektpositionierung: Die Rolle des/der Gegenexpert_in wurde zum attraktiven Identitätsangebot und die fachliche Qualifikation zu einem wichtigen Element des Selbstverständnisses (vgl. Brand 2008: 240; Brand/Eder/Poferl 1997: 192ff; Hajer 1995: 93f). Die Selbst- und Fremdzuschreibung von Attributen wie realistisch, seriös und professionell wurde durch diese Subjektposition ermöglicht und hatte sie gleichzeitig zur Voraussetzung. Dagegen musste der Eindruck eines romantischen Träumer/einer romantischen Träumerin vermieden werden, um als Gegenexpert_in Gewicht zu haben (vgl. Hajer 1995: 102). War für die Umweltbewegungen in den 1960er und 70er Jahren die Entgegnung von ökonomischen Kosten-Kalkulationen oder wissenschaftlichen Risiko-Kalkulationen mit moralischen Argumenten ein gangbarer Weg, so wurde dies in den 80er Jahren seltener, da dies nicht mit der Subjektposition des/der Expert_in kompatibel war. Die politische Arbeit zielte nicht mehr primär auf Massenmobilisierung, sondern auf die Beeinflussung von Entscheidungsträger_innen in Politik und Wirtschaft. Durch diesen Strategiewechsel bedurfte es einer neuen Sprache, durch die man sich der Möglichkeit der moralischen Argumentation beraubte (vgl. Hajer 1995: 103). Im Zusammenhang mit den Einschränkungen durch den Wandel der Subjektposition und einer daran gekoppelten neuen Sprache benennt Hajer noch ein besonders interessantes Phänomen: Sobald es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit gab, auf die ökologische Krise reagieren zu müssen, wurde es für radikale Gruppen zunehmend schwerer, Deutungshoheit über die Problemdefinition und die daraus folgenden adäquaten Lösungen zu erlangen (vgl. Hajer 1995: 102f). Diese Beobachtung werde ich in Kapitel 3.4.3 aufgreifen.

Hajer nennt verschiedene Gründe – wobei nicht immer eindeutig zwischen Ursache und Wirkung unterschieden werden kann – für den Wandel der Umweltbewegungen. Er sieht in der ökonomischen Rezession in den 1970er Jahren einen äußeren Zwang, auf weit verbreitete Ängste vor Inflation und Massenarbeitslosigkeit reagieren zu müssen. Weiterhin konstatiert er einen Zusammenhang des Wandels der Subjektpositionierung mit dem Wechsel der Themen, welche die ökologischen Debatten dominierten – weg von der Kernkraft hin zu neuen Themen wie

saurem Regen oder dem Verschwinden der Ozon-Schicht, die sich weniger für antagonistische Forderungen eigneten. Darüber hinaus kam es zur Professionalisierung der Umweltbewegungen, NGO-Eliten bildeten sich heraus. Der Erfolg des ökomodernen Diskurses – der in Wissenschaft, Thinktanks und internationalen Organisationen wie der OECD und dem UNEP Einzug hielt – war ein weiterer Grund, auf eine antagonistische Position zu verzichten und stattdessen über interne Kritik Erfolge anzustreben (vgl. Hajer 1995: 94f).

Neben den genannten Gründen wirkte sich auch eine Entwicklung in ökonomischen Diskursen auf die ökologischen Aushandlungsprozesse aus. Spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/90 blieben Artikulationen, die sich um die Forderung nach einer alternativen Wirtschaftsordnung jenseits marktwirtschaftlicher Prinzipien (beispielsweise Öko-Sozialismus) gruppieren, aus (vgl. Kaufmann/Müller 2009: 157). Damit ging auch eine prinzipielle Absage an eine Politik der langfristigen volkswirtschaftlichen Planung einher, weil die damit verbunden politischen Eingriffe in das Wirtschaftssystem als diskreditiert galten (vgl. Klein 2014: 124f). Insgesamt lässt sich festhalten, dass es parallel zur schrittweisen Durchsetzung des ökomodernen Diskurses zu einer Marginalisierung antagonistischer Positionen kam.

Allerdings sieht beispielsweise Achim Brunnengräber Anzeichen für einen neuen Bewegungszyklus, der den Zyklus der NGOisierung, der durch die Professionalisierung der Umweltbewegungen gekennzeichnet war, ablösen könnte (vgl. Brunnengräber 2012). Die Proteste während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm und die Klimacamps als neue Protestform stellen seiner Meinung nach erste Kristallisationspunkte des neuen Zyklus dar. Der neue Bewegungszyklus zeichnet sich für Brunnengräber durch eine Re-Polarisierung politischer Auseinandersetzungen aus. Mit der Bildung transnationaler Bewegungsnetzwerke entwickeln sich neue Strategien der Politisierung, die durch einen Anti-Institutionalismus geprägt sind. Dennoch wird weiterhin auf die Politik offizieller Institutionen – beispielsweise im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen – im Sinne einer kritischen Begleitung Bezug genommen (vgl. Brunnengräber 2012: 45f). Dass in diesen hybriden Netzwerken neben den basisorientierten Gruppen auch NGOs agieren, ist sicherlich zum Teil auf deren Enttäuschung von der 15. *Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention* (COP¹⁵ 15) in Kopenhagen zurückzuführen. Mit dem Verlust des Vertrauens in die UN-Klimaverhandlungen geht tendenziell eine Hinwendung zu

15 Wenn im Folgenden die Abkürzung COP verwendet wird, dann ist damit stets die *Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention* gemeint. Es gibt im Rahmen der UN zwar auch Konferenzen zu anderen Politikfeldern, die ebenfalls mit COP abgekürzt werden. Diese anderen COPs werden in dieser Arbeit allerdings nicht erwähnt.

radikaleren Positionen und protestorientierter Arbeit sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Bewegungsaktivist_innen einher. Symptomatisch für diese Entwicklung steht die Stellungnahme von Wael Hmaidan im Plenum der 2012 in Rio de Janeiro stattgefundenen *Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung*. Darin wehrt sich der Vorsitzende des *Climate Action Network* (CAN) gegen die Vereinnahmung der NGOs durch die Regierungsvertreter_innen.

„You cannot have a document titled ‘the future we want’ without any mention of planetary boundaries, tipping points, or the Earth’s carrying capacity. The text as it stands is completely out of touch with reality. Just to be clear, NGOs here in Rio in no way endorse this document. Already more than 1.000 organisations and individuals have signed in only one day a petition called ‘The Future We Don’t Want’ that completely refuses the current text. It does not in any way reflect our aspiration, and therefore we demand that the words ‘in full participation with civil society’ are removed from the first paragraph.“ (Hmaidan 2012)

Als Vertreter des größten Zusammenschlusses von NGOs forderte er, dass in dem Verhandlungstext der Teilsatz gestrichen wird, in dem die Beteiligung ‚der Zivilgesellschaft‘ an den Verhandlungen betont wird. Damit macht er deutlich, dass auch die großen und gemäßigeren NGOs nicht mehr gewillt sind, den mageren Ergebnissen internationaler Klimapolitik durch ihre konstruktive Teilnahme an den Verhandlungen Legitimität zu verleihen. Noch ist nicht abzusehen, welche gesellschaftliche Wirkung diese (Re-)Polarisierung im zivilgesellschaftlichen Raum entfalten kann. Brunnengräber konstatiert, dass es den Bewegungen bislang an attraktiven Gegenentwürfen und einem klaren Programm fehle. Unabhängig davon gebe es sicherlich das Potenzial spezifischer Korrekturen bestehender ungleicher Verhältnisse (vgl. Brunnengräber 2012: 49). Damit sich in diesem neuen Bewegungszyklus ein gegenhegemoniales Projekt entwickeln kann, bedürfte es klaren antagonistischen Positionen mit einem eigenen Anspruch auf die Repräsentation des Gemeinwohls.

3.3 DIE GRUNDANNAHMEN DES ÖKOMODERNEN PROJEKTS

Der ökomoderne Diskurs stellt eine spezifische Reaktion auf die ökologische Krisendiagnose und die daran geknüpfte Gesellschaftskritik dar. Verschiedene soziale Kräfte tragen als ökomoderne Diskursträgerinnen zu seiner (Re-)Produktion und Verbreitung bei. Ihre Hegemoniepraktiken zielen darauf, den ökomodernen Diskurs zu universalisieren: ihn als alternativlos zu präsentieren. In diesem Sinne verstehe ich ökologische Modernisierung als Hegemonieprojekt, das darum kämpft, ökomoderne Deutungs- und Handlungssysteme zu institutionalisieren.

Die in den Kapiteln 3.1 und 3.2 durchgeführte Interpretation von Schlüsseldokumenten des ökomodernen Diskurses und Studien über ökologische Modernisierung bildet die Grundlage für die Identifikation von Grundannahmen und Hegemoniestrategien (vgl. Kapitel 3.4), die das Gerüst des ökomodernen Hegemonieprojekts darstellen. Mit Grundannahmen bezeichne ich implizite Annahmen, welche die unhinterfragten Deutungsmuster eines Diskurses abstecken. Folgende drei Grundannahmen kennzeichnen das ökomoderne Projekt:

- 1) Die erste ökomoderne Grundannahme bildet die Vorstellung, ökologische Probleme isoliert betrachten und lösen zu können. War die Deutung der ökologischen Krise in den 1970er Jahren noch häufig mit einer prinzipiellen Gesellschaftskritik verknüpft (vgl. Görg 2003a: 134f), so bleibt diese im ökomodernen Diskurs weitgehend aus. Gesellschaftspolitische Ziele, die über die Beseitigung der isoliert betrachteten ökologischen Probleme hinaus gehen, werden nicht formuliert. Es dominiert somit eine *technokratische Vorstellung von Politik*, die weder hegemoniale Strukturen noch die damit einhergehenden sozialen Kräfteverhältnisse hinterfragt (vgl. Hajer 1995: 25; Kaufmann/Müller 2009: 157).
- 2) Damit einher geht ein Wandel von revolutionären zu reformerischen Lösungsansätzen. Es werden Lösungen gesucht, die möglichst unkompliziert innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen umgesetzt werden können (vgl. Jänicke 1993: 19). Der *Inkrementalismus*, d. h. die Überzeugung, mit kleinen, vorwiegend technologischen Schritten innerhalb der institutionalisierten Strukturen in die richtige Richtung zur Lösung der ökologischen Probleme zu kommen, stellt die zweite Grundannahme des ökomodernen Diskurses dar (vgl. Hajer 1997: 113).
- 3) Das *Primat der Betriebsökonomie* bildet seine dritte Grundannahme. Als realistisch und umsetzbar gelten allein die Reaktionen auf die ökologische Krise, die mit dem Primat der Betriebsökonomie kompatibel sind, indem sie helfen (wenn schon nicht gegenwärtige, dann zumindest zukünftige) betriebswirtschaftliche Kosten zu vermeiden oder als Wachstumsmotor dienen können. Im ökomodernen Diskurs steht außer Frage, dass das Hauptkriterium zur Bewertung verschiedener Umweltschutzoptionen in ihrem kostensenkenden Beitrag zur Erreichung konkreter Umweltschutzziele besteht (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 193f; Dingler 2003: 234; Huber 1993: 54; Jänicke 1988: 23; Oels 2010: 171; UNEP 2011: 2). Alternative denkbare Kriterien wie soziale Aspekte (die z. B. Fragen der Gerechtigkeit betreffen), über die gesellschaftlichen Funktionslogiken hinausgehende ökologische Aspekte (die der Natur einen Eigenwert beimessen) oder demokratische Aspekte (die z. B. auf die Mitbestimmung in Fragen der Energieproduktion und -distribution zielen) spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

3.4 DIE HEGEMONIESTRATEGIEN DES ÖKOMODERNEN PROJEKTS

Durch die Interpretation von Schlüsseldokumenten des ökomodernen Diskurses und Studien über ökologische Modernisierung konnte ich drei ökomoderne Hegemoniestrategien identifizieren: *reflexive Naturbeherrschung*, *reflexiver Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität* und *nachhaltiges Wachstum*. Über die Hegemoniestrategien wird Zustimmung zum ökomodernen Projekt erzeugt und ein ökomoderner Konsens hergestellt. Dies geschieht unter anderem durch die strategisch-selektive Aneignung kritischer Forderungen. Die Darstellung der ökomodernen Hegemoniestrategien erfolgt jeweils in vier Schritten. Zunächst zeige ich, wie die Hegemoniestrategie auf die ökologische Krise reagiert und wie dabei kritische Artikulationen in einen Diskurs der ökologischen Modernisierung integriert werden. Anschließend arbeite ich heraus, inwiefern mit der Hegemoniestrategie eine Veränderung gegenüber der bis in die 1970er Jahre hegemonialen Diskursorganisation der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* verbunden ist. Nach der Betrachtung dieser Öffnung des Diskurshorizonts nehme ich die mit der Strategie verknüpfte Schließung in den Blick, indem ich festhalte, welche Artikulationen dabei marginalisiert werden. Abschließend analysiere ich, an welchen Stellen Risse und Brüche auftauchen und antagonistische Praktiken ansetzen (können).

3.4.1 Reflexive Naturbeherrschung

Bis in die 1970er Jahre war das Credo, dass wissenschaftlich-technische Naturbeherrschung (zum Begriff der Naturbeherrschung vgl. Kapitel 2.2.3) zwangsläufig zu gesellschaftlichem Fortschritt führe, eine unangefochtene „Grundüberzeugung der Moderne“ (Becker/Jahn 2006: 66). Allerdings hat diese Grundüberzeugung durch die ökologische Krisendiagnose Risse erhalten. Mit der Deutung, dass ökologische Probleme zunehmend gesellschaftlich verursacht sind, wurde die Idee einer absoluten Kontrollierbarkeit der Natur weitestgehend aufgegeben (vgl. Brand/Görg 2003: 18f). In den 1980er Jahren wurde mit der aufkommenden Diskussion um sogenannte zivilisatorische Risiken und um nicht-intendierte Nebenfolgen der Moderne (vgl. Beck 1986: 48ff), die Fähigkeit von Wissenschaft und Technik, die Abhängigkeit der Gesellschaft von Natur zu minimieren, in Zweifel gezogen. Auch der Fähigkeit von Ökonomie, Politik und Kultur, die Naturbeherrschung immer besser kontrollieren zu können, wird zunehmend misstraut. Seitdem ist weder eine Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen noch ein ungebrochener Glaube an die vollständige Beherrschbarkeit der Natur konsensfähig (vgl. Görg 2003a: 140).

Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der ökologischen Krise kam es zu wesentlichen Verschiebungen und es kristallisierte sich eine modifizierte Naturbeherrschung als ökomoderner Konsens heraus (vgl. Görg 2003a: 139f). Die modifizierte Naturbeherrschung stellt keine Rückkehr zur einfachen Modernisierung dar. Stattdessen mündete die Kritik an der *absoluten Naturbeherrschung* in einer *reflexiven*¹⁶ Variante derselben. Die Reaktion des ökomodernen Diskurses auf das Scheitern der Versuche einer absoluten Naturbeherrschung kann man damit als *ökomoderner Hegemoniestrategie der reflexiven Naturbeherrschung* (kurz: *reflexive Naturbeherrschung*) beschreiben. Ich sehe in dieser konkreten ökomodernen Hegemoniestrategie eine inhaltliche Füllung eines allgemeinen Hegemoniestrategie-Typus, den ich als *Strategie der Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen*¹⁷ fasse.

Mit der *ökomodernen Strategie der reflexiven Naturbeherrschung* wird die Kritik an der Naturbeherrschung in den ökomodernen Diskurs integriert, ohne dass die Naturbeherrschung als vorherrschendes Prinzip der Naturaneignung grundsätzlich in Frage gestellt wird. Mit der *reflexiven Naturbeherrschung* geht keine prinzipielle Reflexion der Abhängigkeit von Natur bzw. der Nichtidentität der Natur als Quelle von Unsicherheit einher (vgl. Görg 2003a: 188). Stattdessen stellt die *reflexive Naturbeherrschung* den Versuch dar, die nicht-intendierten Nebenfolgen der Naturbeherrschung berechenbar zu machen. Dabei wird die (Re-)Produktion der gesellschaftlichen Naturverhältnisse weiterhin durch die Subsumtion der Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken bestimmt, die wiederum – vor dem Hintergrund des dominanten ökonomischen Diskurses des globalen Konkurrenzkampfes – in erster Linie auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zielen (vgl. Görg 2003a: 140). Im ökomodernen Diskurs wird von einem Sachzwang zur „Erzielung eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens“ (Jänicke 1988: 23) ausgegangen. Die Reaktionen auf die ökologische Krise werden auf das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und als Wachstumsmotor begriffen (vgl. Görg 2003a: 214) – unter bewusster Inkaufnahme von Risiken, die aufgrund vermeint-

16 In Anlehnung an Görg und Pelfini wird hier mit *reflexiver Naturbeherrschung* das Management nicht-intendierter Nebenfolgen der Naturbeherrschung bezeichnet (vgl. Kapitel 2.2.3). Davon grenzen Görg bzw. Pelfini die zweite Reflexion bzw. Reflexivität ab. Zweite Reflexion bzw. Reflexivität gehen über die einfache Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen der Naturbeherrschung hinaus, indem sie die Nichtidentität der Natur in Rechnung stellen.

17 In Bezug auf den ökomodernen Diskurs findet sich dieser Typus ebenfalls bei der ökomodernen Strategie des *reflexiven Fortschritts durch wissenschaftlich-technische Rationalität* (vgl. Kapitel 3.4.2). Inwieweit sich auch in anderen Diskursen *Strategien der Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen* finden lassen, muss an dieser Stelle noch offen bleiben.

licher Sachzwänge nicht verhindert, sondern allenfalls gemanagt werden können. Insofern bleibt beispielsweise die Extraktion von fossilen Brennstoffen eine zentrale Bedingung der weiterhin fossilistischen Weltwirtschaft, obwohl sich die damit verknüpften Konflikte zuspitzen (vgl. Brand/Görg 2003: 46). In dem Zusammenhang sind die Debatten über Peak Oil und die Zunahme geopolitischer Konflikte um die Ausbeutung und Verteilung von Rohstoffen zu sehen (vgl. Brand 2009: 107). Des Weiteren zeigt sich die Inkaufnahme von Risiken am Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen, der Zunahme von Ölkatastrophen sowie an den steigenden ökonomischen, gesundheitlichen und ökologischen Kosten bei der Ausschöpfung von schwer zugänglichen Energiereserven durch Fracking, Tiefseeborungen und Ölsandabbau. Damit zielt das ökomoderne Projekt auf eine kontrollierte und gemanagte Naturbeherrschung (vgl. Dingler 2003: 307).

Dennoch hat die Forderung nach *reflexiver Naturbeherrschung* eine Veränderung der Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zur Folge. Die Idee einer absoluten Kontrollierbarkeit der Natur wurde weitestgehend aufgegeben (vgl. Brand/Görg 2003: 18f). Damit gehen veränderte Deutungs- und Handlungsmuster einher, die auf die nicht-intendierten Nebenfolgen reagieren. Die Risikoabschätzung, als rationale Bearbeitung des Problems der Entscheidungsfindung unter Ungewissheit, spielt dabei eine wichtige Rolle (vgl. Görg 2003a: 140, 188).

Ausgeschlossen bleibt aber weiterhin grundsätzliche Kritik an der Naturbeherrschung. Sie läuft mangels Aufmerksamkeit ins Leere. Im ökomodernen Diskurs dominiert nicht ein offensiver Umgang – im Sinne der Artikulation eines antagonistischen Verhältnisses – mit ihr, sondern eine prinzipielle Kritik der Naturbeherrschung als Ursache sozialer und ökologischer Probleme wird dethematisiert.

Diese Dethematisierung ist möglich, so lange es keine wirkungsmächtigen gegenhegemonialen Projekte gibt. Wenn die marginalisierte Kritik an dem Prinzip der Naturbeherrschung einflussreicher artikuliert werden würde, gerieten die Momente der Widerständigkeit und Unverfügbarkeit der Natur stärker in den Fokus. Ereignisse, in denen das Management der nicht-intendierten Nebenfolgen scheitert, können Risse im ökomodernen Diskurs vertiefen, an denen (re-)politisierende Artikulationen ansetzen (können). So hatte die Nuklearkatastrophe in Fukushima in ganz verschiedenen Gesellschaften (re-)politisierende Effekte. Die tatsächlichen Änderungen in der Energiepolitik fielen allerdings sehr unterschiedlich aus. An diesem Beispiel wird ein Bruch im ökomodernen Diskurs besonders deutlich. Auf der einen Seite wird davon ausgegangen, dass absolute Naturbeherrschung nicht möglich ist. Auf der anderen Seite wird im ökomodernen Diskurs an der Vorstellung einer immer rationaleren Naturbeherrschung festgehalten. Durch den Mechanismus der Risikoabschätzung soll die bewusste Inkaufnahme nicht-intendierter Neben-

folgen gemanagt werden. Dabei übt der vermeintliche Sachzwang der Wettbewerbsfähigkeit einen Druck auf die Verschiebung der Grenzen *reflexiver Naturbeherrschung* aus. So wurden nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima weltweit viele Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen, um die Risiken eines Atomunfalls abschätzen zu können. Dabei wurden oftmals erhebliche Sicherheitsmängel festgestellt. Tatsächlich abgeschaltet wurden allerdings nur sehr wenige Kraftwerke (nur in Deutschland und Japan wurden laufende Atomkraftwerke mit sofortiger Wirkung abgeschaltet). Die Sorge um eine Gefährdung des Wirtschaftswachstums wog in den meisten Fällen schwerer als die Sicherheitsbedenken. Diese Inkaufnahme möglicher nicht-intendierter Nebenfolgen – die in diesem Fall bis hin zum Atomunfall reichen können – ist ein Beispiel für die einseitige Subsumtion der Natur unter die (historisch institutionalisierten) gesellschaftlichen Funktionslogiken.

3.4.2 Reflexiver Fortschritt

Der Fortschrittsbegriff der ‚westlichen‘ Moderne bezieht sich auf die Annahme einer zunehmenden Rationalität in allen Gesellschaftsbereichen. Der Glaube an den Fortschritt beruht auf der Vorstellung, dass Wissen und Techniken – durch die Anwendung von Vernunft – kumuliert werden können, die schrittweise zur Befreiung des Menschen von äußeren Zwängen beitragen (vgl. Dinger 2003: 44ff). Für die Industriemoderne geht Ulrich Beck von einem technologiepolitischen Fortschrittskonsens aus, der „sein Fundament in der allseits geteilten Friedensformel *„technischer Fortschritt gleich sozialer Fortschritt“*“ (Beck 1986: 326; Hervorhebung im Original) hatte. Diese „Ineinssetzung von technischem mit sozialem Fortschritt“ (Beck 1986: 326) war laut Beck die Bedingung für die diskursive Trennung des technischen Fortschritts von seinen negativen sozialen und ökologischen Effekten. Die negativen Effekte wurden thematisiert, ohne das grundsätzliche Vertrauen in den Fortschritt – als Prinzip der systematischen Erzeugung technologischer Innovationen – in Frage zu stellen (vgl. Beck 1986: 326f). Beck geht davon aus, dass der Fortschrittsglaube erst mit dem Anwachsen der Risiken in den 1970er und 80er Jahren prekär wurde (vgl. Beck 1986: 324, 327). Allerdings betont er, dass der Verlust des Fortschrittsvertrauens nichts an dem Vollzug des technischen Wandels geändert habe. Beck konstatiert die auf den ersten Blick paradox anmutende Situation, dass es vermehrt Kritik am technischen Fortschritt gebe, das Prinzip des technischen Fortschritts aber selber unangetastet bleibe und die Kritik nahezu wirkungslos sei – zumal sie zumeist *ex post*, „wie ein *Nachruf* auf längst getroffene Entscheidungen“ (Beck 1986: 329; Hervorhebung im Original) artikuliert werde.

Ich teile zwar nicht Becks Annahme eines objektiven Anwachsens von Risiken, aufgrund dessen der Fortschrittsglaube brüchig geworden sei.¹⁸ Allerdings stimme ich seiner Einschätzung zu, dass der Fortschrittsoptimismus ab den 1970er Jahren prekär wurde, ohne dass dies in einer grundsätzlichen Kritik am Fortschrittsglauben mündete (vgl. Halfmann 1998: 7f).

Das Festhalten am brüchig gewordenen Fortschrittsglauben lässt sich mit den Dynamiken in den Auseinandersetzungen um die Risiken des technologischen Fortschritts erklären. Die Umweltbewegungen waren durchaus nicht durch eine homogene Fortschritts- und Technikskepsis geprägt. Somit wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch intern in den Umweltbewegungen um die ‚richtigen‘ Problemdefinitionen und -lösungen gerungen. Dabei hat die Fraktion, die „modernisierende Perspektiven“ (Huber 2011b: 179) vertritt, relativ früh Deutungshoheit erlangt. In dieser Fraktion finden sich laut Hajer sowohl die technokratischen Expert_innen (worunter Hajer beispielsweise die Autor_innen des *Club-of-Rome-Berichts* zählt) als auch Teile der Umweltbewegungen wieder. Gemeinsamer Kern dieser Fraktion ist die Deutung der ökologischen Krise als eine Frage des Überlebens und der Suche nach Lösungen durch die wissenschaftlichen Strömungen der Kybernetik und der Ökologie (vgl. Hajer 1995: 86). In den modernisierenden Perspektiven dieser Fraktion zielt die Bearbeitung von Risiken primär auf Sicherheit – und nicht wie die Technikkritik der Kritischen Theorie auf die Freiheit und Autonomie des Individuums. Dementsprechend steht für sie die Angst vor Sicherheitseinbußen durch die Abhängigkeit von der Natur einer Infragestellung des totalitären Anspruchs der wissenschaftlich-technischen Rationalität entgegen. Aufgrund des großen Einflusses der modernisierenden Perspektiven liegt der Schwerpunkt in den Auseinandersetzungen um die nicht-intendierten Nebenfolgen (Risiken) des technischen Fortschritts primär auf der Frage der richtigen Ausgestaltung und nicht auf

18 Beck geht von einem strukturell bedingten immanenten Prozess der Modernisierung aus. Dagegen interpretiere ich die zunehmende Bedeutung des Deutungsmusters, dass der technologische Wandel zu einem Anwachsen von Risiken führt, als Ergebnis hegemonialer Auseinandersetzungen. Diese müssen nicht zwangsläufig mit Veränderungen in der physischen Materialität (als verstetigte gesellschaftliche Naturverhältnisse) korrelieren und können deshalb auch nicht allein auf diese zurückgeführt werden. Darüber hinaus bezweifle ich die Annahme einer unweigerlichen Entwicklung der Modernisierung hin zu einer ‚reflexiven Modernisierung‘. Die Behauptung einer logischen Abfolge oder immanenten Struktur sozialen Wandels ist weder theoretisch noch empirisch haltbar. Stattdessen gehe ich davon aus, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Kämpfen um Hegemonie entschieden wird, in denen verschiedene soziale Kräfte um die Durchsetzung von Deutungs- und Handlungsmustern ringen.

der grundsätzlichen Kritik des wissenschaftlich-technischen Paradigmas (vgl. Huber 2011b: 153). Die Reaktion des ökomodernen Diskurses auf fortschritts- und technikskeptische Artikulationen besteht somit in der *ökomodernen Hegemoniestrategie des reflexiven Fortschritts durch wissenschaftlich-technische Rationalität* (kurz: *reflexiver Fortschritt*). Diese Strategie kann – analog zur *reflexiven Naturbeherrschung* – dem Typus der *Hegemoniestrategie der Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen* zugeordnet werden.

Mit dem bereits erwähnten Wechsel der Problemdefinition von einer sozial-ökologischen zu einer rein ökologischen in den 1980er Jahren geht ein Fokus auf die Suche nach technologischen Lösungen für isolierte Probleme einher (vgl. Becker/Jahn 2006: 54; Hajer 1995: 93).

„Effizienzsteigerung als Rationalisierung der Technik, technologische Innovationen als gesellschaftliche Anwendung rationaler Wissenschaftserkenntnis und Umweltmanagement als Rationalisierung des Umgangs mit der Natur stellen Mittel der Moderne dar, durch die auch im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung die gesellschaftliche Organisation sowie das gesellschaftliche Naturverhältnis auf der Grundlage der Vernunft restrukturiert werden sollen. Dabei wird implizit davon ausgegangen, dass sich ökologische Probleme weitgehend durch Wissenschaft, Technik oder Management – also letztlich durch Anwendungen der Rationalität – lösen lassen.“ (Dingler 2003: 301)

Was die „technologischer Flucht nach vorn“ (Jänicke 1993: 18) vorantreibt, sind zum einen die Versuche der Steigerung des Sicherheitsempfindens durch das Management nicht-intendierter Nebenfolgen und zum anderen das ökonomische Ziel, Umwelttechnologien zum Exportschlager zu machen (vgl. Görg 2003a: 137f).

Die Forderung nach *reflexivem Fortschritt* hat eine spezifische Veränderung der Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse bewirkt. So hat die Thematisierung von Risiken, die mit technologischen Innovationen verbunden sind, stark zugenommen. Dabei wird in der Perfektionierung der technologischen Entwicklung ein gangbarer Weg zur Erlangung von Sicherheit gesehen. Sowohl risikobewusste Praktiken wie Technikfolgenabschätzung, Technikakzeptanz-Forschung und Risikokommunikation als auch risikovermeidende Praktiken wie der Einsatz sogenannter sanfter Technologien oder der Fokus auf Effizienzsteigerung haben dadurch an Bedeutung gewonnen.

Damit ist eine Verlagerung der Aufmerksamkeit von den strukturellen Ursachen auf die Symptome der ökologischen Krise verbunden, von denen man annimmt, dass sie technisch gelöst werden können. Prinzipieller Kritik an dem Glauben an Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität wird nicht offensiv – im Sinne der Konstruktion eines antagonistischen Verhältnisses – begegnet, sondern sie wird dethematisiert.

Analog zur *reflexiven Naturbeherrschung* ist auch hier meine Vermutung, dass es zu (re-)politisierenden Prozessen kommen könnte, wenn sich Grenzen der Bearbeitung der ökologischen Krise durch Technologien zeigen. Darüber hinaus bilden Technologie-inhärente Risiken einen potenziellen Konfliktherd. Insbesondere wenn es zu sicherheitsgefährdenden Unfällen durch den Einsatz von (Umweltschutz-) Technologien kommt, würde die fortschritts- und technikskeptische Kritik wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren. Für derartige antagonistische Artikulationen gibt es desto mehr Ansatzpunkte, je weniger erfolgreich die ökomoderne Doppelstrategie der gleichzeitigen Verfolgung ökologischer und ökonomischer Ziele ist.

Bei dem ökologischen Ziel der drastischen Reduktion von Treibhausgasemissionen bleibt die Wirkung der risikovermeidenden Praktiken – Energieeffizienz und der Einsatz sanfter Technologien – angesichts der Rebound-Effekte¹⁹ begrenzt. In Bezug auf das ökonomische Ziel kann man konstatieren, dass sich in bestimmten Industrieländern ein spezifisches Segment ‚Grüner Kapitalfraktionen‘ herausgebildet hat, deren Profit auf der ökomodernen Bearbeitung der ökologischen Krise basiert (vgl. Kaufmann/Müller 2009: 160). Auch wenn sie einen wachsenden Sektor darstellen, bilden die Umwelttechnologien (noch) kein alternatives Geschäftsmodell für einen Großteil der Unternehmen (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2009: 2). Speziell die Energiekonzerne beharren auf ihrer Kernkompetenz – der zentralisierten Energieproduktion auf Basis fossiler Brennstoffe (vgl. Hirsch 2011: 19; Rest 2011: 103ff). Angesichts der Versprechen einer *Green Economy* halten sich also vor allem die ökologischen, aber auch die ökonomischen Erfolge des ökomodernen Projekts in Grenzen.

19 Rebound-Effekte bezeichnen das Phänomen, dass Produktivitätssteigerungen zu einer Mehrnachfrage führen und dadurch die erwarteten absoluten Reduktionen des Ressourcenverbrauchs nicht in Gänze oder gar nicht eintreten. Tilman Santarius unterscheidet finanzielle, materielle, psychologische und Cross-Factor-Rebound-Effekte (vgl. Santarius 2012). So führt die Steigerung der Energieeffizienz zu einem Einkommensgewinn und damit zu neuem Verbrauch bei den Konsument_innen beziehungsweise zu neuen Investitionen bei Produzent_innen. Materielle Rebound-Effekte liegen vor, wenn die Herstellung und der Konsum von effizienteren Technologien mit einem erhöhten Energieaufwand einhergehen. Die psychologischen Rebound-Effekte erklären, wie es beim Wechsel zu energieeffizienten Technologien zu einer Steigerung der symbolischen Bedeutung dieser Güter und Dienstleistungen und damit zu einem Mehrverbrauch kommen kann. Cross-Factor-Rebound-Effekte sind dafür verantwortlich, dass eine Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität eine Mehrnachfrage nach Energie nach sich ziehen kann, etwa durch energieverbrauchende Mechanisierung und Automatisierung oder wenn die Anwendung energieeffizienter Technologien zugleich mit Zeitersparnissen einhergeht.

Diese Diskrepanz kann zu einem Bruch innerhalb des ökomodernen Diskurses führen. In jedem Fall ist mit der ökomodernen Hegemoniestrategie des *reflexiven Fortschritts durch wissenschaftlich-technische Rationalität* ein gewisser Erfolgsdruck und ein technologischer Suchprozess – nach der *silver bullet* oder nach dem geeigneten *Portfolio technologischer Lösungen* – verbunden. Technologie nimmt im ökomodernen Diskurs die Funktion einer *Deus ex machina* ein, einer (Er-)Lösung, die unabhängig vom Ausgang gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – und damit trotz wirtschaftlicher Pfadabhängigkeiten, trotz fehlender Bereitschaft zum Konsumverzicht, trotz schlechter Regierungsführung usw. – die ökologische Krise bearbeiten kann (vgl. de Lucia 2013: 123; Methmann 2011: 161ff).

3.4.3 Nachhaltiges Wachstum

Ab Ende der 1960er Jahre gab es eine öffentliche Debatte über *die Grenzen des Wachstums* (vgl. Huber 1993: 52). Die Kritik an der Wachstumsfixierung kam zunächst vor allem von Seiten des radikaleren Spektrums der Umweltbewegungen. Wichtiger Katalysator für die Ausweitung und Intensivierung der Debatte war der 1972 erschienene Club-of-Rome-Bericht *The Limits to Growth*, auf den ich bereits in Kapitel 3.2.1 eingegangen bin. Der Erfolg des Berichts trug zu den vermehrten Auseinandersetzungen mit der Wachstumsfrage in verschiedenen Gesellschaftsbereichen bei und machte die These, dass sich weiteres Wirtschaftswachstum und Umweltschutz widersprechen, für breite Kreise plausibel.

Auch Akteur_innen, die maßgeblich an der Entwicklung des Konzepts der ökologischen Modernisierung beteiligt waren, hatten lange Zeit Zweifel, ob Wirtschaftswachstum tatsächlich eine langfristige Option sein könne. So konstatierte Jänicke noch im Jahre 1993, dass “am Ende auch die Wachstumsfrage, zumindest aber die Rolle des Staates als Wachstumsmotor nicht zu umgehen sein wird” (Jänicke 1993: 19). Im Laufe der Entwicklung des ökomodernen Diskurses verlor die Wachstumskritik allerdings mehr und mehr an Bedeutung, da man – entgegen des historischen Arguments der Korrelation von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Treibhausgasemissionen – davon ausging, dass Wachstum und Ökologie nicht zwangsläufig Gegensätze zu sein bräuchten. Schließlich könne man sie so weit miteinander in Einklang bringen, wie es gelänge, die Steigerung der Ressourcen- und Senkenproduktivität, ähnlich der Arbeitsproduktivität, zu einer Wohlstandsquelle zu machen (vgl. Huber 2011a: 279). Die Qualitätssteigerung von Produkten wird in der ökomodernen Perspektive als Möglichkeit gesehen, eine Steigerung der Wertschöpfung bei sinkendem Stoffumsatz zu erzielen.

Die Debatte um das Verhältnis von Ökologie und Wirtschaftswachstum wurde vor allem durch die Kritik aus den Umweltbewegungen, in der das Primat des Wachstums wiederkehrend in Frage gestellt wurde, aufrecht erhalten. Auch in der Wissenschaft wurde die Kontroverse stetig weitergeführt und mündete in der Ausarbeitung verschiedener Konzepte wie organisches, selektives, entkoppeltes oder qualitatives Wachstum, die dem Fokus auf quantitativem Wachstum entgegengesetzt wurden (vgl. Dingler 2003: 258ff; Huber 1993: 55f). Als eine Art Kompromissformel – Huber spricht von einer „Brücke, über die Parteigänger von Ökologie und Ökonomie einander näher kommen konnten“ (Huber 1993: 56) – ermöglichte die Idee eines *nachhaltigen Wachstums* ein Festhalten am Wachstumsziel, ohne die Ökologieproblematik als irrelevant abzutun. Dabei gilt umgekehrt die Natur insofern als schützenswert, als ihre Zerstörung Kosten verursacht, die dem Wirtschaftswachstum schaden (vgl. Kaufmann/Müller 2009: 42).

„Ökologie wird in dieser Perspektive zu Ergebnis ebenso wie Bedingung rentabler Ökonomie, der Konflikt von Ökologie und Ökonomie im Prinzip aufhebbar.“ (Huber 1993: 54)

Der ökomoderne Diskurs greift die Kritik am Wirtschaftswachstum auf und integriert sie in den ökomodernen Diskurs. Die *ökomoderne Hegemoniestrategie des nachhaltigen Wachstums* (kurz: *nachhaltiges Wachstum*) basiert auf dem Typus der *Hegemoniestrategie der Äquivalenzierung*. *Strategien der Äquivalenzierung* zeichnen sich dadurch aus, dass sie kritische Artikulationen – in dem Fall die Forderung nach einem Ende des (Strebens nach) Wirtschaftswachstum(s) – nicht kategorisch ablehnen, sondern eine Vereinbarkeit zwischen den Artikulationen und dem Hegemonieprojekt herstellen (für den gesamten Absatz vgl. Wullweber 2010: 146f). So wird die Kritik des Wirtschaftswachstums als Forderung nach *nachhaltigem Wachstum* in die ökomoderne Äquivalenzkette integriert. Durch diese Integration einer potenziell antagonistischen Artikulation erfolgt eine Modifikation derselben. Die Grundprinzipien des konventionellen Entwicklungsmodells werden in dem Konzept des *nachhaltigen Wachstums* nicht in Frage gestellt. Weiterhin wird die Kritik an den – fossilistischen und zentralisierten – Strukturen des Wirtschaftens gekappt (vgl. Hajer 1997: 113). Dies bedeutet eine strategisch-selektive Aneignung der Wachstumskritik, die an das hegemoniale Setting angepasst wird. Der potenziell antagonistischen Artikulation wird so ihr bedrohlicher Charakter genommen.

Strategien der Äquivalenzierung machen aus ehemaligen Gegensätzen „einfache Differenzen, die nur einer entsprechenden Mediation bedürfen“ (Wullweber 2010: 147). Der vormals artikulierte Gegensatz zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum wird zur Synthese des *nachhaltigen Wachstums*, indem man annimmt, dass die beiden Ziele nicht kollidieren, sondern miteinander in Einklang gebracht werden können (vgl. Huber 1993: 54; Huber 2011a: 279). Der ökomoderne

Diskurs geht sogar so weit, den von Kritiker_innen postulierten Gegensatz in sein Gegenteil zu verkehren und Wirtschaftswachstum als Bedingung für effizienten Umweltschutz sowie umgekehrt Umweltschutz als Wachstumsmotor zu begreifen (vgl. Pelfini 2006: 156). So wird beispielsweise in Artikel 3 der Klimarahmenkonvention betont, dass Staaten zusammenarbeiten sollen, „um ein tragfähiges und offenes internationales Wirtschaftssystem zu fördern, das zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung in allen Vertragsparteien, insbesondere denjenigen, die Entwicklungsländer sind, führt und sie damit in die Lage versetzt, die Probleme der Klimaänderungen besser zu bewältigen“ (UNFCCC 1992: 6).²⁰

Allerdings hat die Äquivalenzierung einer Artikulation immer auch eine Veränderung des hegemonialen Diskurses zur Folge (vgl. Wullweber 2010: 146f). Hier bedeutet es die Akzeptanz der Ökologieproblematik und die Überzeugung, dass eine gänzlich unveränderte Fortschreibung der Wirtschaftsweise nicht zu verantworten ist (vgl. Hajer 1995: 3, 25). In Bezug auf die internationale Klimapolitik zeigt sich dies etwa in der Anerkennung von Obergrenzen für Treibhausgasemissionen.²¹ Die gestiegene Bedeutung von Umweltschutz lässt sich auch daran erkennen, dass sich mittlerweile sehr viele Akteur_innen, teilweise auch ehemalige Klimaskeptiker_innen, zu einem in die hegemonialen Strukturen eingebetteten – sprich: marktförmigen und nicht wachstumshemmenden – Klimaschutz bekennen.

Damit wird das ökomoderne Projekt gestärkt, da nun vermeintlich ‚alle an einem Strang ziehen‘ – inklusive ehemaliger Klimaskeptiker_innen auf der einen und Wachstumskritiker_innen auf der anderen Seite. Diese Suggestion einer universellen Interessenlage diskreditiert alternative Artikulationen, die jenseits des ökomodernen Konsenses angesiedelt sind, als destruktive Beiträge. Schließlich gehe es nicht mehr um die Frage der richtigen Reaktion auf die ökologische Krise, – denn die sei ja mit dem Konzept der *Sustainable Development* gefunden – sondern zur Debatte stünde allein die Art und Weise ihrer Ausgestaltung.

20 Ganz ähnlich hieß es bereits 1992 in Grundsatz 12 der *Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung*: „Die Staaten sollten gemeinsam daran arbeiten, ein stützendes und offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern, das in allen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung führt und es gestattet, besser gegen die Probleme der Umweltverschlechterung vorzugehen.“ (Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992: 2)

21 Allerdings stellen diese im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Obergrenzen für die Annex-B-Staaten nur minimale Veränderungen gegenüber dem *business as usual* dar. Aufgrund der flexibilisierenden Mechanismen führten sie auch nicht immer zu absoluten Reduktionen der Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten (vgl. Kapitel 5.1).

In diesem Zusammenhang muss Hajers bereits erwähnte Feststellung gesehen werden, dass es für radikale Gruppen zunehmend schwerer wurde, Deutungshoheit über die Problemdefinition und die daraus folgenden adäquaten Lösungen zu erlangen, sobald es einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit gab, auf die ökologische Krise reagieren zu müssen (vgl. Hajer 1995: 102f). Auch Karl-Werner Brand, Klaus Eder und Angelika Pöferl argumentieren, dass sich die Mobilisierungsarbeit für Umweltgruppen dadurch erschwert habe, dass sich die Auseinandersetzungen nicht mehr um die Frage drehe, ob, sondern wie auf ökologische Probleme reagiert werden soll. Die Lösungsvorschläge der Umweltgruppen konkurrieren dann mit Konzepten anderer Akteur_innen (vgl. Brand/Eder/Pöferl 1997: 192, 201). Mit dem gestiegenen gesamtgesellschaftlichen Interesse an ökologischen Themen schwenkten die Umweltbewegungen auch strategisch um. Sie wählten tendenziell nicht mehr so häufig den Weg der scharfen Abgrenzung eigener Positionen, sondern entschieden sich öfter für den Dialog mit Entscheidungsträger_innen in Politik und Wirtschaft (vgl. Brand/Eder/Pöferl 1997: 197ff).

Trotz der breiten Zustimmung zum Konzept des *nachhaltigen Wachstums* bleibt die Mediation zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz weiterhin latent brüchig.²² Die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Treibhausgasemissionen ist bislang eine theoretische Vorstellung ohne historische Belege (vgl. Hannesson 2002; Kaufmann/Müller 2009: 166f; Scheer 2000: 9ff; York/Rosa 2013: 292). Wenn auch in der nahen Zukunft empirische Nachweise für die Möglichkeit der Synthese von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz ausbleiben, kann dies zu einem Aufbrechen von Rissen im ökomodernen Diskurs führen, worauf ich am Beispiel der Klimapolitik näher eingehe.

Die Schwierigkeit der Synthese besteht in der Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen. Seit der industriellen Revolution steigt der Primärenergieverbrauch proportional zum Anstieg des Wirtschaftswachstums (vgl. Hannesson 2002). Da Primärenergie seitdem fast ausschließlich aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird, ist der stetig steigende Ausstoß von CO₂ der weltweit durchgesetzten fossilen Wirtschaftsweise inhärent (vgl. Scheer 2000: 9ff). Diese Schwierigkeit erfährt ihre hegemoniale Bearbeitung durch die Trennung in die Input-Seite der Energieproduktion mit fossilen Brennstoffen und die Output-Seite der daraus entstehenden Emissionen, die sich in der internationalen Klimapolitik durchgesetzt hat (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 188ff). So erfolgt keine direkte Regulierung der Nutzung fossiler Brennstoffe, sondern nur der daraus entstehenden Emissionen. Über die Einführung von handelbaren Emissionsrechten wird den ökologischen Kosten

22 Hier zeigt sich Wullwebers Feststellung, dass *Strategien der Äquivalenzierung* auf Simplifizierungen beruhen und deshalb nie vollständig gelingen (vgl. Wullweber 2010: 147).

des Klimawandels ein monetärer Wert zugeordnet. Die alleinige Fokussierung auf die Emissionen ohne Berücksichtigung der Energieinfrastruktur trägt allerdings einen evidenten Widerspruch in sich, da gerade die Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Brennstoffen die Umstellung auf eine klimaneutrale Lebensweise so schwierig macht. Dieser Widerspruch wird bisher durch die Möglichkeit des Zukaufs von zertifizierten Emissionsreduzierungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls abgemildert (vgl. Kapitel 5.1.2). Die Realisierung von Reduktionsverpflichtungen wird den Industrienationen ermöglicht, ohne dass sie einen konsequenten Strukturwandel zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen einleiten müssen. Dabei ist offensichtlich, dass die ökologischen Erfolge des Kyoto-Protokolls bislang hinter den Erwartungen zurück bleiben. Der globale Ausstoß von Treibhausgasemissionen steigt weiterhin. Auch von einer absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen kann bislang keine Rede sein. Ein Rückgang der globalen Treibhausgasemissionen ist nur in Zeiten krisenbedingter Wachstumseinbußen zu beobachten (vgl. IPCC 2014: 6f). Der mangelnde ökologische Erfolg des Kyoto-Protokolls und die fehlenden empirischen Nachweise für die Möglichkeit der Synthese von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz produzieren Risse im ökomodernen Diskurs, die Ansatzpunkte für antagonistische Artikulationen darstellen.

Zur Unterscheidung der verschränkten ökomodernen Hegemoniestrategien

Die ökomodernen Hegemoniestrategien stehen untereinander in einem engen Zusammenhang, was ihre Unterscheidung erschwert. Deshalb werde ich im Folgenden darlegen, warum und wie ich die drei Hegemoniestrategien voneinander unterscheide. Die Subsumtion der Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken bildet den Kern der Hegemoniestrategie der *reflexiven Naturbeherrschung*. Dabei orientiert sich die naturbeherrschende Naturaneignung – aufgrund der Dominanz ökonomischer Diskurse – an den Vorgaben der Standortpolitik. Dementsprechend sollen die Reaktionen auf die ökologische Krise nicht nur die nicht-intendierten Nebenfolgen der Naturbeherrschung berechenbar machen, sondern gleichzeitig als Wachstumsmotor fungieren. Diese spezifische Ausrichtung der Naturbeherrschung ist mit einer weiteren ökomodernen Hegemoniestrategie verknüpft: Im Sinne eines *nachhaltigen Wachstums* sollen die beiden Ziele des Umweltschutzes und des Wirtschaftswachstums in Einklang gebracht werden. In Bezug auf die präferierten Maßnahmen zur Erreichung des ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens zeigt sich die Verschränkung der ökomodernen Hegemoniestrategien vollends: Der angestrebte *reflexive Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität* – der die dritte ökomoderne Hegemoniestrategie darstellt – nimmt als wichtige Produktivkraft eine Schlüsselrolle für die Verwirklichung von *reflexiver Naturbeherrschung* und *nachhaltigem Wachstum* ein. Mit Hilfe von Risikoabschätzung und -management sollen die nicht-intendierten Nebenfolgen der Naturbeherr-

schung vermieden bzw. kontrolliert werden. Technologische Innovationen sollen darüber hinaus ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren, das als Königsweg zum Erhalt einer intakten Umwelt gilt. Diese Verwobenheit erschwert die Differenzierung zwischen den ökomodernen Hegemoniestrategien. Dies trifft insbesondere auf die Hegemoniestrategien der *reflexiven Naturbeherrschung* und des *reflexiven Fortschritts* zu, die beide auf die Auseinandersetzungen um zivilisatorische Risiken reagieren. Ich habe mich dennoch für ihre Unterscheidung entschieden, weil sie in dieser Dreiteilung ihre heuristische Funktion – die differenzierte Analyse ökomoderner Praktiken im Untersuchungsmaterial – besonders gut erfüllen. Im Sinne einer empirischen Sättigung haben sich die Hegemoniestrategien – in Kombination mit den ökomodernen Grundannahmen – als sinnvolle analytische Kategorien herausgestellt, mit denen im Untersuchungsmaterial ökomoderne Artikulationen identifiziert und von alternativen Artikulationen bzw. Diskursen abgegrenzt werden können.

Mit der Hegemoniestrategie der *reflexiven Naturbeherrschung* sollen im Folgenden Artikulationen der Subsumtion von Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken erfasst werden. Hierbei spielen die Praktiken zur Steigerung der Kontrolle und der Berechenbarkeit von Natur eine entscheidende Rolle. Artikulationen, die auf eine stetige Rationalisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und eine Perfektionierung der technologischen Entwicklung zielen, ordne ich der Hegemoniestrategie des *reflexiven Fortschritts durch wissenschaftlich-technischen Rationalität* zu. Die Artikulationen, in denen die Synthese von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz postuliert oder vorausgesetzt werden, interpretiere ich als (Re-)Produktion der Hegemoniestrategie des *nachhaltigen Wachstums*.

3.5 DAS ÖKOMODERNE HEGEMONIEVERSPRECHEN

Im ökomodernen Diskurs wird davon ausgegangen, dass die etablierten politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen die ökologische Krise erfolgreich bearbeiten können (vgl. Hajer 1995: 25). Die Hoffnung auf Lösungspotenziale durch innovative Technologien ermöglicht es dem ökomodernen Projekt, die Bedrohlichkeit der ökologischen Krise anzuerkennen und gleichzeitig die als Sachzwang präsentierten Vorgaben der Standortpolitik zu erfüllen. Damit wird die gesellschaftliche Suche nach möglichen Reaktionen auf die ökologische Krise eingeschränkt. Als ‚realistisch‘ gelten nur noch Vorschläge, die sich in den Rahmen bestehender gesellschaftlicher Strukturen einbetten lassen, „weil der Wandel des Industrialismus eher die nötige Akzeptanz findet als seine Abschaffung“ (Jänicke 1993: 19). Das *ökomodernere Hegemonieversprechen* bezieht sich somit gleichzeitig auf

- 1) die Bewältigung der ökologischen Krise und
- 2) die Stabilisierung gesellschaftlicher Strukturen.

Wie in der Darstellung der Hegemoniestrategien deutlich wurde, greift das ökomoderne Projekt durchaus Forderungen der Umweltbewegungen auf, ohne jedoch davon eine allgemeine Systemkritik abzuleiten oder die ökologische Krise als Symptom einer „Krise der Modernität“ (Görg 2003a: 135) zu interpretieren. Stattdessen wird im ökomodernen Diskurs davon ausgegangen, dass ökologische Probleme durch eine Reform der Institutionen der ‚westlichen‘ Moderne, durch eine ökologische Modernisierung der Moderne, erfolgreich bearbeitet werden können. Huber, selber Protagonist der ökologischen Modernisierungstheorie, fasst diesen Wandel – von den modernisierungskritischen Artikulationen zur Integration ökologischer Forderungen in die Institutionen der Moderne – folgendermaßen zusammen:

„Von der ehemals prononcierten Modernisierungskritik bleibt die heute weitgehend unkontroverse Feststellung, dass Wachstum und Entwicklung wie zuvor nicht weitergehen können und sie also anders, eben in ökologisch angepasster und auch unter sozialen und kulturellen Aspekten neuerlich readaptierten Weise weitergehen müssen.“ (Huber 2011b: 144)

Für Arthur Mol, der ebenfalls wichtige Impulse für die Entwicklung der ökologischen Modernisierungstheorie lieferte, steht außer Frage, dass es keine Alternativen zur forcierten Modernisierung gibt, um die ökologische Krise in den Griff zu bekommen: „the only possible way *out* of the ecological crisis is by going further *into* the process of modernization“ (zitiert in York/Rosa 2013: 283; Hervorhebungen im Original). Der ökomoderne Diskurs stellt eine spezifische Weiterentwicklung des modernisierungstheoretischen Paradigmas dar und baut auf folgenden Axiomen der Modernisierungstheorie auf:

- 1) Das Verhältnis zwischen Mensch und Natur wird im modernisierungstheoretischen Paradigma als anthropozentrisch begriffen (vgl. Huber 2011a: 283 und 2011b: 179). Dies hat in erster Linie die Konsequenz, den Menschen als ausschließlichen Bezugspunkt von ethischen Pflichten und Wertzuschreibungen zu setzen (vgl. Kirchhoff 2011: 39). So dient im ökomodernen Diskurs der Umweltschutz der nachhaltigen Stabilisierung der menschlichen Gesellschaft. Der Natur wird kein Eigenwert beigemessen (vgl. Dingler 2003: 306). Die anthropozentrische Perspektive des ökomodernen Diskurses wurde bereits mit der Definition von *Sustainable Development* im *Brundtland-Bericht*, auf die immer wieder zurückgegriffen wird, festgeschrieben (vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 46). Dort bleiben die menschlichen Bedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen alleiniger normativer Bezugspunkt. Deshalb erhält die Natur im ökomodernen Diskurs ihren Wert erst durch die

Nutzung durch den Menschen. Dies zeigt sich paradigmatisch an dem Begriff der ‚Ökosystemdienstleistungen‘, der in der Umweltforschung und der Umweltpolitik eine zunehmend wichtige Rolle spielt (vgl. These 6 in Kapitel 3.6).

- 2) Im modernisierungstheoretischen Paradigma wird das universelle Interesse und Ziel des menschlichen Daseins bzw. der Gesellschaft in der permanenten Entwicklung gesehen. Dabei wird Entwicklung als quantitatives Wachstum von Wohlstand, vom Besitz materieller Güter, definiert und primär anhand des Wirtschaftswachstums gemessen (vgl. Gudynas 2012: 7; Huber 2011a: 280ff und 2011b: 143ff). Im ökomodernen Diskurs wird eine nachhaltige Entwicklung angestrebt, in welcher der Gegensatz von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz aufgehoben werden soll.
- 3) Das Ziel der Entwicklung wird im modernisierungstheoretischen Paradigma über eine einseitige Anwendung des begrifflichen, identifizierenden Denkens angestrebt, die Natur objektiviert, erfasst und für menschliche Zwecke verfügbar macht (vgl. Schäfer 2004: 58ff).²³ Diese begriffliche Abstraktion manifestiert sich in zweckrationalem Denken und Handeln, tritt idealerweise als Expert_innenwissen (der Wissenschaft) zu Tage und materialisiert sich in technologischem Fortschritt (vgl. Huber 2011b: 179ff). Diese Form der Rationalität zeichnet sich durch ihren instrumentalisierten Zugriff auf die innere Natur des Menschen und die ihn umgebende äußere Natur aus (vgl. Horkheimer 1990). So wird Natur im ökomodernen Diskurs in erster Linie als Ressource wahrgenommen. Die Bearbeitung der ökologischen Krise zielt damit auf die Sicherung einer langfristigen Nutzung der sogenannten ‚Ökosystemdienstleistungen‘. Dabei gilt (bestimmtes) wissenschaftliches und technisches Wissen als lösungskompetentes Wissen, während andere Formen des Wissens vom ökomodernen Diskurs ausgeschlossen werden (vgl. Dingler 2003: 303, 306).

Die Universalisierung des modernisierungstheoretischen Paradigmas im ökomodernen Diskurs zeigt sich in der Überzeugung, dass eine Bearbeitung der ökologischen Krise nur durch weitere Modernisierungsprozesse möglich sei.

„Vor einem solchen Hintergrund ist es müßig, nach fundamentalen Entwicklungsalternativen zu suchen. Außerhalb des industriegesellschaftlichen Entwicklungskorridors gibt es für die moderne Gesellschaft keine realen Optionen. Modernisierung und industrielle Entwicklung gehen weiter, aber sie können und sollen in veränderter, sozialökologisch restrukturierter Weise weitergehen.“ (Huber 2011b: 145)

23 Den Gegensatz zum begrifflichen Denken bildet bei Adorno und Horkheimer die Mimesis, die sich anpassende und nachahmende Annäherung an eine rätselhaft bleibende Welt (vgl. Schäfer 2004: 58ff).

Damit sind wir beim fantasmatischen Kern des ökomodernen Hegemonieversprechens: die fortschreitende gesellschaftliche Entwicklung. Das ökomoderne Hegemonieversprechen bezieht sich auf den Erhalt eines glücklich machenden Zustandes, der vor seiner Zerstörung bewahrt werden soll. Die etablierten gesellschaftlichen Strukturen sollen als Garanten für die fortschreitende Entwicklung grundsätzlich bestehen bleiben. Um das Bestehende bewahren zu können, muss es allerdings auf die Herausforderungen der ökologischen Krise reagieren. Die gesellschaftlichen Strukturen sollen ökologisch restrukturiert werden, um den erstrebenswerten Zustand aufrecht erhalten zu können. Auf diese Restrukturierung beziehen sich auch die ökomodernen Kernforderungen *Sustainable Development* und *Green Economy*, die zumindest phasenweise die Rolle des leeren Signifikanten im ökomodernen Projekt einnehmen konnten (für die Diskussion der Kämpfe um die konkrete Ausgestaltung der ökomodernen Kernforderung vgl. These 6 in Kapitel 3.6).

Der Erhalt des glücklich machenden Zustandes gilt im ökomodernen Diskurs allerdings als akut bedroht. Das Gemeinwohl der fortschreitenden Entwicklung sei durch ‚falsche‘ Reaktionen auf die ökologische Krise gefährdet. Auf der einen Seite würden die konventionellen nicht-reflexiven Modernisierungsdiskurse die Basis der fortschreitenden Entwicklung – die Möglichkeit der Nutzung natürlicher Ressourcen – aufs Spiel setzen, weil sie die Bedrohlichkeit der ökologischen Krise nicht anerkennen. Auf der anderen Seite gehe die Gefahr von radikalen ökologischen Diskursen aus, die das gesellschaftliche Ziel der fortschreitenden Entwicklung in Frage stellen. Im ersten Fall drohe ein Rückschritt durch selbstverschuldete ökologische Katastrophen, im zweiten Fall durch intendierte rückwärtsgewandte Transformationsprozesse. Gegen diese beiden ‚falschen‘ Reaktionen auf die ökologische Krise soll das Projekt einer ökologischen Modernisierung durchgesetzt werden, um eine dauerhafte fortschreitende Entwicklung zu garantieren.

Das verworfene Außen des ökomodernen Diskurses ist damit ‚Ideologie‘. Ideologie wird hier im alltäglichen pejorativen Sprachgebrauch verwendet und meint die Verfolgung ‚unrealistischer‘ und ‚interessengeleiteter‘ Lösungen. Die nicht-reflexiven Modernisierungsdiskurse gelten aus ökomoderner Perspektive als unrealistisch, weil sie ignorant gegenüber den wissenschaftlich bewiesenen Gefahren seien, die von der ökologischen Krise ausgehen. Die Propagierung eines *business-as-usual* wird dabei auf die Verfolgung von Interessen einer umweltschädigenden Wirtschafts- und Lebensweise zurückgeführt, die keine Rücksicht auf das Gemeinwohl nehme. Die radikalen ökologischen Diskurse gelten aus ökomoderner Perspektive ebenfalls als unrealistisch, weil ein Systemwechsel nicht möglich sei; zumindest nicht in der Geschwindigkeit, die nötig wäre, um auf diesem Weg die ökologische Krise erfolgreich bearbeiten zu können. Die Propagierung einer radikalen Transfor-

mation gesellschaftlicher Strukturen wird dabei auf die Verfolgung partikularer politischer Interessen zurückgeführt, denen Priorität eingeräumt werde gegenüber der Bewahrung des durch die ökologische Krise bedrohten Gemeinwohls.

Mit dieser Frontstellungen gegenüber den als ‚ideologisch‘ verworfenen alternativen Diskursen, gibt das ökomoderne Hegemonieversprechen Antworten auf die identitätsstiftenden Fragen: Wer sind wir? Was ist unser Ziel bzw. worin besteht das Gemeinwohl? Wie erreichen wir unser Ziel bzw. das Gemeinwohl? Wir haben es hier also mit Identitätsangeboten zu tun, die im ökomodernen Diskurs (re-)produziert werden. In der Aneignung dieser Subjektpositionen durch Akteur_innen werden soziale Identitäten und damit Diskursträger_innen geschaffen. Diese wiederum bilden die Basis für die Zustimmung zum ökomodernen Diskurs und somit für die Stabilität des ökomodernen Projekts.

3.6 DIE HEGEMONIALISIERUNG DES ÖKOMODERNEN PROJEKTS

Nach der Analyse der Formierung des ökomodernen Projekts ist es nun möglich, die Frage nach dem Grad und der Art und Weise der Durchsetzung eines ökomodernen Konsenses zu beantworten (vgl. die erste Forschungsfrage in Kapitel 1.1). In sechs Thesen diskutiere ich im Folgenden den Status quo der Verbreitung und des Einflusses des ökomodernen Diskurses.

1) Das ökomoderne Hegemonieprojekt setzt sich über die Herstellung eines passiven Konsenses durch.

Den Akteur_innen, welche die Entwicklung des ökomodernen Diskurses stark prägen – Wissenschaftler_innen, Entscheidungsträger_innen in Politik und Wirtschaft, Institutionen der Politikberatung – ist gemeinsam, dass sie zwar einflussreich sind, aber nicht unbedingt auf Massenmobilisierung zielen (vgl. Beck 2010: 254f). Damit korreliert, dass die Hegemoniepraktiken des ökomodernen Projekts einen passiven Konsens erzeugen. Das bedeutet, dass einflussreiche gesellschaftliche Kräfte das ökomoderne Projekt zwar ohne aktive Zustimmung großer Teile der Bevölkerung etablieren, dabei jedoch auch nicht auf großen Widerstand treffen.

Ein passiver Konsens kann Bestand haben, wenn eine gewisse Gleichgültigkeit herrscht, beispielsweise weil das Thema in der breiten Masse der Bevölkerung nicht wahrgenommen oder ihm keine besondere Bedeutung beigemessen wird (vgl. Wullweber 2010: 152f). In Bezug auf die Ökologieproblematik und speziell den Klimawandel wäre auch denkbar, dass es zwar ein generelles Interesse gibt, aber aufgrund der Komplexität ökologischer Debatten, die stark wissenschaftlich geprägt sind, den

Entscheidungen und Positionen einer als kompetent eingeschätzten Elite passive Zustimmung gewährt wird. Man kann jedoch davon ausgehen, dass ein aktiver Konsens, in dem das Hegemonieprojekt von einer Mehrheit als wünschenswert angesehen werden würde, stabiler wäre als ein passiver. Insofern ist für die Einschätzung der weiteren Entwicklung des ökomodernen Projekts eine wichtige Frage, ob es ökomoderne Diskursträger_innen gibt, die das Potenzial haben, einen aktiven Konsens herzustellen. Grüne Parteien wären dafür prädestiniert. Schließlich streben Parteien danach, für bestimmte Forderungen, mit denen sie identifiziert werden, einen aktiven Konsens herzustellen (vgl. Lemke 2005: 130).

Nach wie vor gelten Grüne Parteien in Bezug auf ökologische Themen kompetenter und glaubwürdiger als andere Parteien, wohingegen sie mit anderen Themen weitaus weniger in Verbindung gebracht werden. Deshalb liegt es nahe, dass Grüne Parteien immer wieder Aspekte der Ökologieproblematik auf die Agenda setzen und die Erlangung des Gemeinwohls an die adäquate Bearbeitung der ökologischen Krise koppeln. Die Grünen Parteien sind historisch eng mit den Umweltbewegungen verknüpft. Ihr Aufstieg ist ein Ergebnis der Professionalisierung der Umweltbewegungen. Insofern verwundert es nicht, dass der mit der Professionalisierung der Umweltbewegungen verbundene Wandel von popularen zu separierten Forderungen (vgl. Kapitel 3.2.6) auch die Grünen Parteien prägt. Antagonistische Positionen werden zwar noch von Einzelpersonen vertreten, die Deutungshoheit haben allerdings Positionen erlangt, die dem ökomodernen Diskurs entlehnt sind. Dies macht die Grünen Parteien zu wichtigen Diskursträgerinnen des ökomodernen Diskurses, die potenziell in der Lage sind, das ökomoderne Projekt zu forcieren und die aktive Zustimmung von breiteren Teilen der Gesellschaft zu erzeugen.

Dass die Grünen Parteien tatsächlich an einem aktiven Konsens für das ökomoderne Projekt arbeiten, zeigte sich insbesondere im Europawahlkampf des Jahres 2009. Die Europäischen Grünen einigten sich im Vorfeld darauf, den *Green New Deal* „ins Zentrum ihres programmatischen Angebots zu rücken“ (Bütikofer 2011: 29). Mit der offensiven Propagierung des *Green New Deals* war die Hoffnung verbunden, über die konkrete Wähler_innenmobilisierung hinaus, „eine neue, hegemonie-fähige Antwort auf die offenkundige, dreifache Krisensituation zu geben“ (Bütikofer 2011: 29). Offensichtlich gab es die explizite Strategie, die Entwicklung des aufstrebenden ökomodernen Hegemonieprojekts voranzutreiben. Im Sinne einer aktiven Subjektpositionierung bot sich die Möglichkeit, eigene Forderungen in das Projekt einzuschreiben. Von der Verknüpfung der europäischen Grünen Parteien mit dem ökomodernen Projekt versprach man sich Einfluss und Wähler_innenstimmen – für den Fall, dass es zur erfolgreichen Etablierung eines aktiven Konsenses kommen würde. Dann wäre der Erfolg des ökomodernen Projekts mit den Grünen

Parteien als wichtige Protagonistinnen verbunden. Von dieser Erwartung zeugt folgendes Zitat von Reinhard Bütikofer, damaliger Spitzenkandidat von *Bündnis 90/Die Grünen* und seitdem Mitglied des Europäischen Parlaments:

„Der Green New Deal ist eine Transformationsstrategie, deren Aktualität unvermindert gilt. Aber er ist so etwas wie eine verheißungsvolle, sogar Sieg versprechende Revolution, die ihr revolutionäres Subjekt noch sucht.“ (Bütikofer 2011: 30)

Die Hoffnung, dass der *Green New Deal* eine Idee ist, „die die Massen ergreifen könnte“ (Bütikofer 2011: 32), hat Bütikofer allerdings mittlerweile aufgegeben, da er das Konzept für „zu wenig emotionalisierbar und nicht besonders massentauglich“ (Bütikofer 2011: 32) hält. Die *Europäischen Grünen* halten zwar weiterhin am *Green New Deal* fest (vgl. im Internet: www.europeangreens.eu/greennewdeal, letzter Zugriff am 02.12.2014), gleichzeitig sind sie aber auf der Suche nach einer „großen Erzählung“ (Bütikofer 2011: 32), um das Konzept attraktiver zu machen. Dabei beziehen sie sich auch auf den Begriff der *Green Economy*, der die aktuellen Auseinandersetzungen um die ökologische Krise prägt (vgl. beispielsweise im Internet: www.europeangreens.eu/themes/green-economy, www.gruene-berlin.de/wahl-2011/berlin-stadt-der-green-economy, letzter Zugriff am 02.12.2014). Insgesamt bleibt abzuwarten, inwieweit die Grünen Parteien das ökomoderne Projekt weiter forcieren und vor allem, wie erfolgreich sie damit sein werden. Prinzipiell denkbar wäre auch eine Rückkehr der Grünen Parteien zu einer antagonistischen Strategie, in der wieder populäre Forderungen ins Zentrum gerückt werden würden.

2) *Seit den 1980er Jahren dominiert das ökomoderne Hegemonieprojekt zunehmend die umweltpolitischen Aushandlungsprozesse in der internationalen Politik und in den Industrienationen.*

Der ökomoderne Diskurs setzte sich ab den 1980er Jahren zunehmend bei den verschiedenen an umweltpolitischen Aushandlungsprozessen beteiligten Akteur_innen durch. Spätestens seit den 90er Jahren fungiert das Konzept der ökologischen Modernisierung als Leitprinzip für innovative Politikformulierung im Umweltbereich – sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der nationalstaatlichen bzw. regionalen Ebene vieler Industrieländer (vgl. Busch/Jörgens/Tews 2005; Hajer 1995: 26, 30, 100; Huber 2011a: 288). In diesen Arenen dominiert das ökomoderne Hegemonieprojekt die umweltpolitischen Aushandlungsprozesse. Von einer Dominanz des ökomodernen Projekts zu sprechen meint, dass es die Deutungsmuster vorgibt, innerhalb dessen um die richtige Antwort auf die ökologische Krise gerungen wird. Alternative Ansätze bleiben außen vor bzw. finden bei den Entscheidungsträger_innen kein Gehör.

3) Die Dominanz des ökomodernen Projekts beschränkt sich primär auf den Bereich der Umweltpolitik.

Das ökomoderne Projekt dominiert die Umweltpolitik, die ihre Wirkung zum einen in eigenständigen Bereichen in konventionellen politischen Institutionen entfaltet, zum anderen aber auch über ergänzende Maßnahmenkonzepte, die den Kernbereich einer Institution flankieren (vgl. Jacob/Volkery 2006: 239, 258f). Über den Bereich der institutionalisierten Umweltpolitik hinaus entwickelte der ökomoderne Diskurs bislang keine gesamtgesellschaftliche Integrationskraft im Sinne einer Metaerzählung oder einer Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Insofern ist die Wirkung des ökomodernen Projekts allein schon deshalb begrenzt, weil umweltpolitische Maßnahmen – egal ob von staatlicher oder unternehmerischer Seite – weiterhin dem Primat ökonomischer Diskurse und damit der Profitorientierung und der Standortpolitik unterliegen. Umweltschutzziele werden dem Kampf um Vorteile im internationalen Wettbewerb untergeordnet (vgl. Görg 2003a: 214; Ihlen 2009: 246, 258).

Dies erklärt bis zu einem gewissen Grad die Lücke zwischen dem Anspruch der ökologischen Modernisierung, weit mehr als ein dem Modernisierungsprozess nachgeschalteter Umweltschutz zu sein, und der Wirklichkeit, die darüber kaum hinaus kommt. Dieses Phänomen kann aber nicht allein auf den geringen Einfluss der ökologischen gegenüber anders gelagerten Diskursen erklärt werden. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des ökomodernen Projekts ist auch in seinen spezifischen Strategien begründet, wie in These vier näher ausgeführt wird.

4) Ökomoderne Strategien enden aus diskursinhärenten Gründen dort, wo zentrale Institutionen moderner Gesellschaften zur Disposition stehen.

Der ökomoderne Diskurs wird gerade deshalb von bestimmten gesellschaftlichen Kräften getragen, weil er den Status quo gesellschaftlicher Strukturen nicht in Frage stellt. Die Akteur_innen, die das ökomoderne Hegemonieprojekt maßgeblich vorantreiben, drängen nicht auf die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Deshalb enden ökomoderne Strategien dort, wo zentrale Institutionen ‚westlicher‘ Gesellschaften zur Disposition stehen (vgl. Brand 2010: 142; Görg 2003a: 140; Hajer 1995: 25; Hajer 1997: 108f, 113). Dies stellt vor dem Hintergrund der fossilistischen Wirtschaft eine starke Begrenzung dar, welche die bis dato eher geringen ökologischen Erfolge des ökomodernen Projekts erklärt.

5) Die Hegemoniestrategien des ökomodernen Projekts verhinderten die Herausbildung wirkungsmächtiger gegenhegemonialer Projekte.

Die verschiedenen Elemente des ökomodernen Hegemonieprojekts eint der Ausschluss gesellschaftskritischer sozial-ökologischer Perspektiven, die sowohl in Bezug auf ihre Ursachen als auch in Bezug auf ihre Wirkungen die gesellschaftliche Vermitteltheit von ökologischen Krisenphänomenen in den Mittelpunkt stellen (vgl. Hajer 1995: 93f). In derartigen sozial-ökologischen Perspektiven ist die ökologische Krise ein Ergebnis gesellschaftlicher Organisationsprinzipien und ihre Bearbeitung kann somit auch nur über eine Änderung der gesellschaftlichen Strukturen – ihrer Deutungs- und Handlungsmuster samt ihrer verstetigten Materialisierung in Institutionen – erfolgen.²⁴ Als verkürzt erscheint aus sozial-ökologischer Perspektive dagegen der Versuch, gesellschaftliche Probleme mit technologischen Lösungen beheben zu wollen (vgl. Hajer 1995: 88f). Diese Form der Gesellschaftskritik, wie sie in den 1970er Jahren von Umweltbewegungen artikuliert wurde, ist mit der Etablierung des ökomodernen Diskurses marginalisiert worden (vgl. Görg 2003a: 135). Dies trifft noch stärker auf ganz andere Perspektiven, wie zum Beispiel biozentristische Weltansichten, zu.

Dem ökomodernen Projekt ist es gelungen, kritische Forderungen in den ökomodernen Diskurs zu integrieren, ohne deren systemkritische Stoßrichtungen zu übernehmen. Mit dieser strategisch-selektiven Aneignung gewann das ökomoderne Projekt die Zustimmung vieler Umwelt-NGOs und anderer Akteur_innen aus dem Bereich der Umweltpolitik. Selbst viele (ehemalige) Protagonist_innen der Umweltbewegungen (re-)artikulierten ihre Forderungen innerhalb des ökomodernen Diskurses, um sich Gehör und Einfluss zu verschaffen. Damit gerieten antagonistische Artikulationen in eine stark marginalisierte Position.

Aufgrund der Dominanz des ökomodernen Diskurses sind, sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der Ebene nationalstaatlicher Politik der Industrieländer, keine Forderungen einflussreich, die auf eine Umweltpolitik jenseits ökomoderner Strategien zielen. Die Attraktivität des ökomodernen Projekts – das Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten verspricht – verhinderte die Herausbildung wirkungsmächtiger gegenhegemonialer Projekte, die in der Lage wären, strukturverändernde Maßnahmen durchzusetzen und/oder gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben.

24 Eine sozial-ökologische Perspektive ist damit automatisch eine Nord-Süd-Perspektive, die regionale Unterschiede in Bezug auf Verursachung und Betroffenheit in den Blick nimmt.

6) *Die Durchsetzung der ökologischen Modernisierung als hegemoniale Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist (noch) nicht abgeschlossen.*

Die Institutionalisierung eines Diskurses bedeutet die temporäre Fixierung der durch ihn ermöglichten sozialen Ordnung, Subjektpositionen, Deutungs- und Handlungsmuster. Diese Kämpfe um die Fixierung der Elemente des ökomodernen Diskurses sind weiterhin virulent. In dem Zusammenhang sind die Verschiebungen in Bezug auf die ökomoderne Kernforderung – nachhaltige Entwicklung – zu sehen.

Seit Mitte der 1980er Jahre wird die konkrete Ausgestaltung der ökomodernen Kernforderung in den Auseinandersetzungen um das Konzept der *Sustainable Development* verhandelt. Wichtige Ereignisse in den Debatten über *Sustainable Development* waren die *International Conference on Environment and Economics* der OECD im Jahre 1984, der 1987 erschienene Brundtland-Bericht *Our Common Future* und die *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung* im Jahre 1992 (vgl. Kapitel 3.2.3). Die Idee der Versöhnung von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum verhalf dem ökomodernen Diskurs zur Anschlussfähigkeit in verschiedenen Arenen. Die Forderung nach *Sustainable Development* wurde von einflussreichen Institutionen wie der OECD, der *Weltbank* und dem IWF übernommen, die bis dato ökologischen Themen sehr skeptisch gegenüber standen. Mit der Kernforderung nach *Sustainable Development* vermochte das ökomoderne Projekt einen partiellen Konsens herzustellen. Diese Möglichkeit der Universalisierung – die sich darin zeigt, dass ganz verschiedene Akteur_innen *Sustainable Development* als unerlässlich zur Realisierung des Gemeinwohls erachten – liegt in der Entleerung des Begriffs begründet. Über die Kopplung an Grundannahmen und Hegemoniestrategien wurde die Forderung nach *Sustainable Development* in die hegemoniale gesellschaftliche Strukturen eingepasst.²⁵ Innerhalb des dadurch fixierten Rahmens lässt die Forderung aber viel Raum, in den Akteur_innen ihre Partikularinteressen einschreiben können. Die Definition im *Brundtland-Bericht*, auf die immer wieder verwiesen wird, bezieht sich ganz allgemein auf menschliche Bedürfnisse:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 46)

Dementsprechend wurde *Sustainable Development* zum inflationär verwendeten Label, zu einem leeren Signifikanten. Laut Joachim Radkau diene es als „Kompromissformel, um die ‚Umweltlobby des Nordens und die Entwicklungslobby des

25 Das Konzept zielte damit auf eine Transformation der hegemonialen Diskursorganisation in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen (der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz*; vgl. Kapitel 3.1).

Südens‘ auf einen Nenner zu bringen“ und auch „bei Nord-Süd-Differenzen innerhalb der EU erwies sich *sustainable development* im Jahre von Rio als patente ‚Versöhnungsformel‘“ (Radkau 2011: 552; Hervorhebung im Original). Durch die Kombination von umwelt- und entwicklungspolitischen Aspekten ermöglichte *Sustainable Development* somit die Herstellung eines Konsenses in der internationalen Politik (vgl. Bernstein 2000: 494). Brand spricht von einem „container concept“ (Brand 2010: 142), mit dem ganz unterschiedliche Normen und Interessen verknüpft wurden – auch die Inwertsetzung von Natur. Insofern schreibt Brand, „that the policy knowledge of sustainable development is not opposed to the valorization paradigm, but is an integral, *however partly contradictory*, part of it“ (Brand 2010: 144; Hervorhebung T. K.).

Brand deutet in diesem Zitat an, dass sich die Forderung nach *Sustainable Development* nicht zur Gänze in die Agglomeration hegemonialer Diskurse einfügt. Der partielle Widerspruch liegt meiner Meinung nach in der gleichwertigen Bedeutung der ökonomischen – denen eben kein Primat zugesprochen wird – neben den sozialen und ökologischen Kriterien des Nachhaltigkeitsdreiecks. Zwar rückte die noch im *Brundtland-Bericht* prominent enthaltene Forderung nach intragenerationeller – und nicht nur intergenerationeller – Gerechtigkeit bei der *Rio-Konferenz* bereits in den Hintergrund (vgl. Dingler 2003: 234, 255). Dennoch bleibt die soziale Säule des Nachhaltigkeitsdreiecks aufgrund der Begriffsgeschichte von *Entwicklung* stets präsent und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Chancen benachteiligter Menschen und Länder sowie auf die Frage nach globaler Gerechtigkeit.

Dies ist ein großer Unterschied zur Forderung nach einer *Green Economy*, die sich seit ein paar Jahren zur umkämpften Formel zur Erzeugung eines ökomodernen Konsenses entwickelte (vgl. UNEP 2011: 1). Spätestens mit der Rio+20-Konferenz löste die *Green Economy* die *Sustainable Development* als leeren Signifikant der ökomodernen Kernforderung ab. Damit findet eine diskursive Verschiebung statt. *Sustainable Development* stand für die gleichwertige Gewichtung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte. Dagegen wird in der Forderung nach einer *Green Economy* dem ökonomischen Bereich eine übergeordnete Bedeutung zugewiesen. Die Engführung auf den Bereich der Wirtschaft wird von den Protagonist_innen des Konzepts der *Green Economy* als strategisch notwendige Entscheidung dargestellt, die nichts an der inhaltlichen Ausrichtung ändern würde.

„The concept of a ‚green economy‘ does not *replace* sustainable development, but there is now a growing recognition that achieving sustainability rests almost entirely on getting the economy right. [...] Sustainability is still a vital long-term goal, but we must work on greening the economy to get us there.” (UNEP 2011: 2; Hervorhebung im Original)

Sustainable Development bekommt den Status eines langfristigen Ziels, die konkreten Maßnahmen sollen allerdings aus dem Konzept der *Green Economy* abgeleitet werden. Dabei wird die soziale Säule des Nachhaltigkeitsdreiecks auf die Bekämpfung von Armut reduziert. Die Frage nach Gerechtigkeit wird ausgeklammert. Insgesamt haben soziale Kriterien eine geringe Bedeutung, was auf der Rio+20-Konferenz auch von Delegierten aus dem globalen Süden kritisiert wurde (vgl. Poppe et al. 2013: 5).

In Bezug auf die ökologische Säule des Nachhaltigkeitsdreiecks gilt im Konzept der *Green Economy* die Inwertsetzung von Natur als Königsweg zur Erhaltung einer intakten Umwelt. Die Kommodifizierung von Natur, die auch mit der Forderung nach einer *Sustainable Development* durchaus kompatibel war (vgl. Brand 2010: 144), wird in dem Ansatz der *Green Economy* offensiv als erfolgversprechendste Umweltschutzstrategie propagiert (vgl. UNEP 2011: 6ff).

„Thus a green economy transition not only recognizes and demonstrates the value of natural capital – as a provider of human well-being, as a supplier of sustenance for poor households, as a source of new and decent jobs – but it also invests in and builds up this natural capital for sustainable economic progress.“ (UNEP 2011: 7)

Wie in dem Zitat deutlich wird, gilt nicht Natur an sich als schützenswert, sondern nur insofern sie als Naturkapital Wirtschaftswachstum befördert und als „ecosystem services“ (Ökosystemdienstleistungen) menschliche Bedürfnisse befriedigt. Umgekehrt wird in der mangelnden Integration von Natur in das ökonomische System die Hauptursache der ökologischen Krise gesehen (vgl. UNEP 2011: 6). Dementsprechend gelten im Ansatz der *Green Economy* klassische ökonomische Strategien, wie die Internalisierung externer Kosten, als effizienteste Mittel, um sowohl ökonomische als auch ökologische und soziale Ziele zu erreichen. *Green Economy* wird als ‚neuer Wachstumsmotor‘ angepriesen (vgl. UNEP 2011: 2). Mit ‚grünen Investitionen‘ sollen Wachstumsraten und globaler Wohlstand generiert werden (vgl. UNEP 2011: 5). Angesichts des starken Fokus auf ökonomische Strategien, die auf den Erhalt und den Wiederaufbau von ‚Naturkapital‘ als wichtige ökonomische Ressource zielen (z. B. UNEP 2011: 13), und auf klassische ökonomische Ziele wie Wachstum und Wohlstand fügt sich das Konzept der *Green Economy* noch stärker als *Sustainable Development* in die Agglomeration hegemonialer Diskurse ein.

Mit der Etablierung von *Green Economy* als leeren Signifikant für die ökomoderne Kernforderung verliert das ökomoderne Projekt vermutlich noch einmal mehr von seinem ohnehin stark eingeschränkten Potenzial zur Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse. Allerdings würde mit der Forderung nach einer *Green Economy* sehr explizit ein – wenn auch nicht radikaler oder struktureller – Wandel der Weltwirtschaft zum Ziel des ökomodernen Projekts erklärt. Damit würde eine

Fortsetzung des *business as usual* einen Widerspruch innerhalb des ökomodernen Diskurses bedeuten. Bei ausbleibenden ökologischen Erfolgen könnte ein solcher Widerspruch langfristig zu dislozierenden Effekten führen.

3.7 DIE REFLEXIVE REPRODUKTION VON HEGEMONIE

Im Folgenden fasse ich die Ergebnisse des dritten Kapitels zusammen im Hinblick auf die Frage, welche re- bzw. entpolitisierenden Effekte mit der partiellen Durchsetzung eines ökomodernen Konsenses verbunden sind.

Die Diskursorganisation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in den Industrieländern war bis zu Beginn der 1970er Jahre relativ stabil. Für diese Phase der *einfachen Reproduktion* (für die Definition der verschiedenen Stabilitätsstufen vgl. Kapitel 2.1.5) kann man aufgrund der Dominanz des hegemonialen Diskurses der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* einen relativ eingeschränkten Diskurshorizont und damit eine stark verstetigte Organisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse konstatieren (vgl. Kapitel 3.1).

Mit dem Erstarken der Umweltbewegungen und der Diagnose einer ökologischen Krise, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzte, kam es zu einer Phase der *Politisierung*, in der sich gegenhegemoniale Projekte für einen ganz anderen Umgang mit Natur einsetzten. Mit der damit verbundenen Öffnung des Diskurshorizonts verlor das Hegemonieprojekt der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* seine Vormachtstellung (vgl. Kapitel 3.1).

In dieser dislozierten Situation entwickelte sich ab den 1970er Jahren der Diskurs der ökologischen Modernisierung, der in den 1980er Jahren stark an Einfluss gewann (für den gesamten Absatz vgl. Kapitel 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6). Seit den 1990er Jahren dominiert der ökomoderne Diskurs die umweltpolitische Arena sowohl auf internationaler Ebene als auch auf der nationalstaatlichen bzw. regionalen Ebene vieler Industrieländer. Das ökomoderne Hegemonieprojekt steht für eine Phase, die ich als *reflexive Reproduktion* fasse. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass bislang dominante Hegemonieprojekte an Deutungshoheit gegenüber neuen Hegemonieprojekten verlieren, die um die gleichen Kernforderungen kreisen. Die etablierten Vorstellungen vom Gemeinwohl werden also nicht verworfen, sondern sind ebenfalls die Kernforderungen der aufstrebenden Hegemonieprojekte. Konkret bedeutet dies, dass in Bezug auf die Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse das Hegemonieprojekt der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* seit den 1970er Jahren gegenüber dem der *ökologischen Modernisierung* an Deutungshoheit verloren hat. Dabei steht *Entwicklung* in reflektierter Form

weiterhin im Zentrum der Vorstellungen vom Gemeinwohl. Allerdings kommt es zu Modifikationen. Die konkrete Ausformung dessen, was *nachhaltige Entwicklung* bedeutet und ob es unter dem Label von *Sustainable Development* oder *Green Economy* propagiert wird, ist noch umkämpft.

Im Vergleich zu der Stabilität des Hegemonieprojekts der *Modernisierung mit nachgeschaltetem Umweltschutz* bis in die 1970er Jahre kann man also von einer leichten Öffnung des Diskurshorizonts sprechen. Allerdings ist noch unklar, ob diese Öffnung nur kurzfristiger Natur war. Langfristig könnte damit unter Umständen eine Schließung des Diskurshorizonts verbunden sein, wenn der hegemoniale Diskurs in reflektierter Form auf Dauer noch stabiler ist. Die Stabilität würde in dem Fall auf der geschaffenen Möglichkeit beruhen, kritische Positionen in das ökomoderne Projekt zu integrieren. Durch die breite Akzeptanz der Ökologieproblematik vermittelt der ökomoderne Diskurs den Eindruck, dass nun ‚alle an einem Strang ziehen‘ müssen. Diese Suggestion einer universellen Interessenlage diskreditiert antagonistische Artikulationen als destruktive Beiträge (vgl. Kapitel 3.4.3).

Insgesamt ist mit der Entwicklung des ökomodernen Projekts seit der ökologischen Krisendiagnose in den 1970er Jahren ein Prozess der Schließung des Diskurshorizonts und der Entpolitisierung verbunden. Antagonistische Artikulationen, die aus einer gesellschaftskritischen sozial-ökologischen Problemdefinition heraus strukturverändernde Lösungen der ökologischen Krise vorschlagen, wurden marginalisiert (vgl. Kapitel 3.6). Das Ausbleiben einer antagonistischen Kraft kann als Erfolg der Hegemoniepraktiken des ökomodernen Projekts gewertet werden. Schließlich beruht Hegemonie immer auf der Undenkbarmachung von Alternativen. Gleichzeitig ist Hegemonie immer prekär und diese Alternativen können niemals vollständig ausgelöscht werden (vgl. Wullweber 2010: 112).

An verschiedenen Stellen habe ich angedeutet, dass es innerhalb des ökomodernen Diskurses durchaus Brüche und Risse gibt (vgl. Kapitel 3.4, 3.6). Es ist eine offene Frage, ob es dem ökomodernen Projekt gelingt, seine Institutionalisierung als hegemoniale Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse weiter voran zu treiben, ohne dass die inhärenten Risse und Brüche virulent werden. Insofern ist noch nicht absehbar, ob die ökologische Krise in einer langfristigen Öffnung des Diskurshorizonts mündet bzw. ob es in naher Zukunft zu einer Re-Politisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse kommt.